

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2015

Juli 2011

SPERRFRIST: Dienstag, 19. Juli 2011, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2015

Jahresmodell LIMA/05
Juli 2011

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Helmut Hofer
Robert M. Kunst
Ulrich Schuh
Wolfgang Schwarzbauer
Edith Skriner
Ludwig Strohner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	17
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	18
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	21
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	23
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	28
5.	Monetäre Prognose	31
	Tabelle: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken	31
	Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	32
	Tabellenanhang	33

1. Einleitung und Zusammenfassung

Konjunkturaufschwung zur Budgetkonsolidierung nutzen

Die österreichische Wirtschaft hat die „Große Rezession“ überwunden und befindet sich wieder auf einem soliden Wachstumskurs. Getragen wurde die Wirtschaftserholung zunächst von der starken Exportentwicklung, die von der Belebung der Weltwirtschaft ausgelöst wurde. Im Prognosezeitraum gewinnt auch die Binnennachfrage an Kraft. In den Jahren 2011 bis 2015 wird das Bruttoinlandsprodukt real um durchschnittlich 2.2 % pro Jahr wachsen. Diese mittelfristige Vorschau übernimmt dabei die Werte der kurzfristigen Prognose des Instituts vom Juli für die Jahre 2011 und 2012 und erweitert den Prognosehorizont bis 2015. Ausgehend von 3 % und 2.1 % in den Jahren 2011 und 2012 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von durchschnittlich knapp 2 %. Insgesamt fällt damit das Wachstum um 0.7 Prozentpunkte kräftiger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre aus. Damit wird die Wirtschaft in Österreich weiterhin schneller als im Euroraum (1.8 %) wachsen.

Das Institut schätzt, dass das Wachstum des Produktionspotenzials, also der bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbaren Produktion, im Zeitraum 2006 bis 2010 durchschnittlich etwa 2 % pro Jahr betragen hat. Das Produktionspotenzial wird dabei mit Hilfe einer Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt geschätzt. Im Zuge der Wirtschaftskrise ist das Potenzialwachstum zurückgegangen, weil mit dem Einbruch der Investitionstätigkeit der Kapitalstock nur noch wenig ausgeweitet wurde. Da mit der Installation neuer Produktionsanlagen die Produktionstechnologie auf den neuesten Stand gebracht wird, hat sich mit der Kontraktion der Investitionen auch die Rate des technischen Fortschritts verlangsamt. Hingegen dürfte die Wirtschaftskrise die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig beeinflusst haben. Mit der anziehenden Sachkapitalbildung und der damit verbundenen Belebung des technischen Fortschritts sollte sich das Wachstum des Produktionspotenzials im Prognosezeitraum wieder beschleunigen und im Durchschnitt des Zeitraums 2011 bis 2015 $1\frac{3}{4}$ % betragen. Dies impliziert, dass die Produktionslücke, d.h. die Abweichung der tatsächlichen von der potenziellen Produktion, am Ende des Prognosezeitraums geschlossen sein wird.

Nach der Krise ist die Weltwirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumspfad eingeschwenkt. Für die USA wird von einem durchschnittlichen Wachstum im Prognosezeitraum von 2.7 % ausgegangen. Die Schwellenländer expandieren weiter kräftig (China 8.2 %). In Europa fällt die Wirtschaftsentwicklung moderat aus (EU-27 1.9 %, Euroraum 1.8 %). Das Institut erwartet, dass sich der Anstieg der Rohstoffpreise verlangsamt, wobei ein durchschnittlicher Rohölpreis von 125 US-Dollar angenommen wird. Hinsichtlich des USD/Euro-Wechselkurses wird ein Wert von 1.39 unterstellt.

Die Abschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung ist mit Unsicherheiten behaftet. Ein Risiko geht weiterhin von den Finanzmärkten aus. Eine Ausweitung der Schuldenkrise könnte die Konjunktur über negative Vertrauenseffekte spürbar verlangsamen. Ein Ausbleiben der Konsolidierung der Staats-

haushalte würde, insbesondere durch höhere Zinsen, die mittelfristigen Wachstumsaussichten dämpfen. Darüber hinaus würde eine dauerhaft hohe Inflation bremsend wirken. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die „Große Rezession“ die Wachstumsrate des Produktionspotenzials nicht nachhaltig beeinflusst hat. Ein Aufwärtsrisiko stellen verbesserte Zukunftseinschätzungen von Unternehmen und Konsumenten dar. Diese könnten nach der Konsum- und Investitionszurückhaltung der letzten Jahre einen deutlichen Wachstumsimpuls auslösen.

Im Prognosezeitraum wird das Konsumwachstum in Österreich verhalten bleiben. Das Institut erwartet eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1.2 %. Nach dem starken Rückgang von 11 % auf 9 % im Vorjahr wird die Sparquote wieder ansteigen und 2015 einen Wert von 10 % erreichen.

Die Wirtschaftskrise war mit einem massiven Einbruch der Investitionstätigkeit verbunden. Im Prognosezeitraum zieht die Sachkapitalbildung wieder spürbar an. So werden die Ausrüstungsinvestitionen um durchschnittlich 4.8 % pro Jahr ansteigen. Die Erholung der Bauinvestitionen fällt mit einem Wachstum von 1.1 % deutlich schwächer aus, was vor allem der nur zögerlichen Belebung der öffentlichen Investitionen geschuldet ist. Insgesamt werden die Bruttoinvestitionen um durchschnittlich 3.4 % zulegen.

Die österreichische Exportwirtschaft profitiert von den guten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden in den nächsten fünf Jahren um durchschnittlich 6.3 % zunehmen, wobei die Warenexporte um 7.2 % wachsen. Der starke Export und das Anziehen der Binnenkonjunktur führen auch zu einer belebten Importnachfrage. Für die realen Importe laut VGR wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5.9 % erwartet, die Warenimporte steigen dabei um 6.3 %. Insgesamt gesehen geht vom Außenhandel damit wiederum ein markant positiver Wachstumsbeitrag aus, der gegen Ende des Prognosezeitraums allerdings geringer wird.

Aufgrund der weltweit gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise ist die Inflation in Österreich sprunghaft angestiegen. Im Verlauf des Prognosezeitraums wird der internationale Preisdruck etwas nachlassen. Für den Zeitraum 2011 bis 2015 wird ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 2.2 % erwartet. Erst 2013 sollte die Inflationsrate unter die 2-Prozent-Marke fallen.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nach der Wirtschaftskrise spürbar entspannt. Die Beschäftigungsnachfrage dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 0.9 % zulegen, wobei sich die Beschäftigungsdynamik, auch aus demografischen Gründen, im Zeitablauf verlangsamt. Da das Arbeitskräfteangebot im selben Ausmaß wie die Beschäftigungsnachfrage ausgeweitet wird, stagnieren die Arbeitslosenzahlen auf dem Wert von 2011. 2015 wird die Arbeitslosenquote in nationaler Definition 6.3 % betragen, laut Eurostat-Definition impliziert dies einen Wert von 4.2 %.

Die gute Konjunkturlage schlägt sich in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte nieder. Ausgehend von einem Wert von 4.6 % im Vorjahr erwartet das Institut einen Rückgang der Defizitquote auf 1.6 % im Jahr 2015. Es ist aber zu bemerken, dass dieser Rückgang zu einem nicht unbedeutenden Teil auf die gute Konjunktur zurückzuführen ist. Weiters wird die Staatsschuldenquote hoch bleiben. Vor dem

Hintergrund der demografischen Entwicklung sollte allerdings bereits auf ein zumindest ausgeglichenes Budget abgezielt werden. Die Konjunktursituation würde es sicherlich erlauben, das strukturelle Budgetdefizit stärker zu reduzieren. Notwendig sind dazu verstärkte Anstrengungen, die zur Ausschöpfung aller vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor führen. Die zügige Umsetzung von Reformen im Bereich der Verwaltung, der Regelung der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander, bei den Pensionen sowie im Gesundheitssystem ist unumgänglich. Nur so kann der finanzpolitische Spielraum für Maßnahmen zur Sicherung der Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich, etwa im Bildungs- und Infrastrukturbereich, aber auch zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit, geschaffen werden.

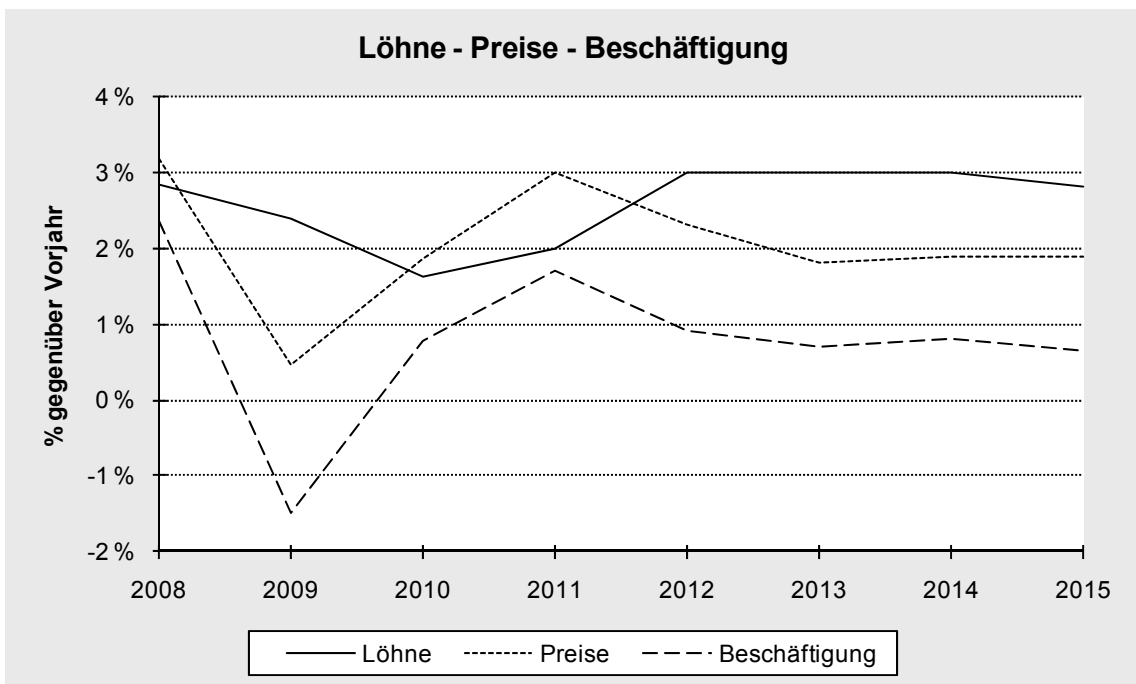
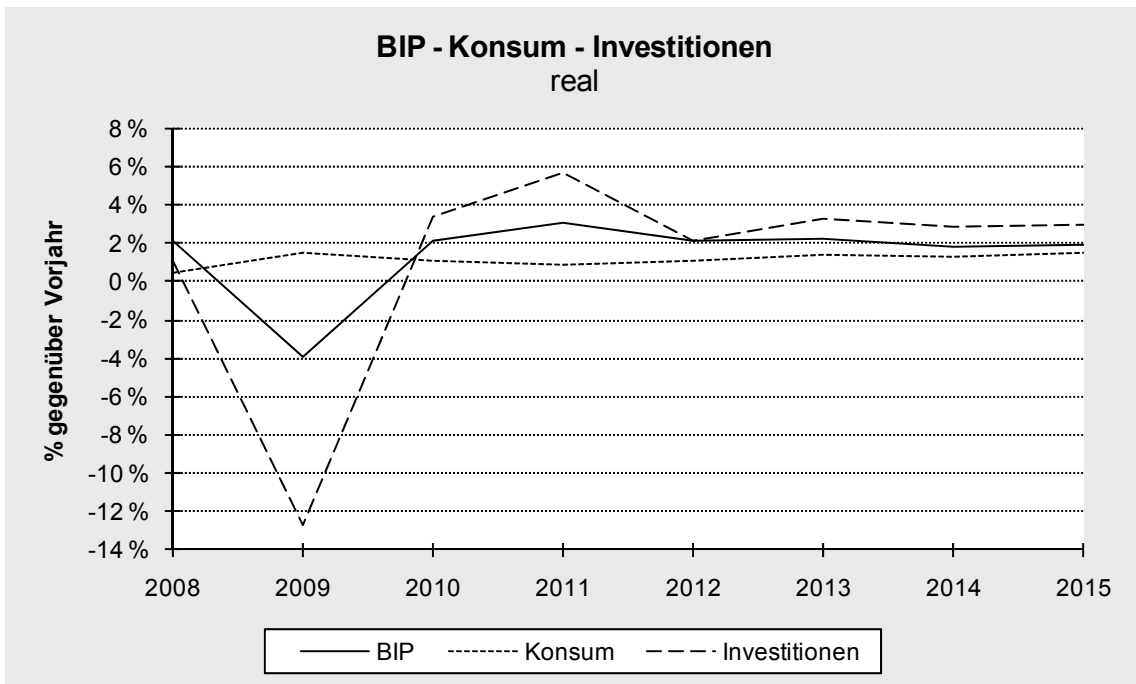
Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

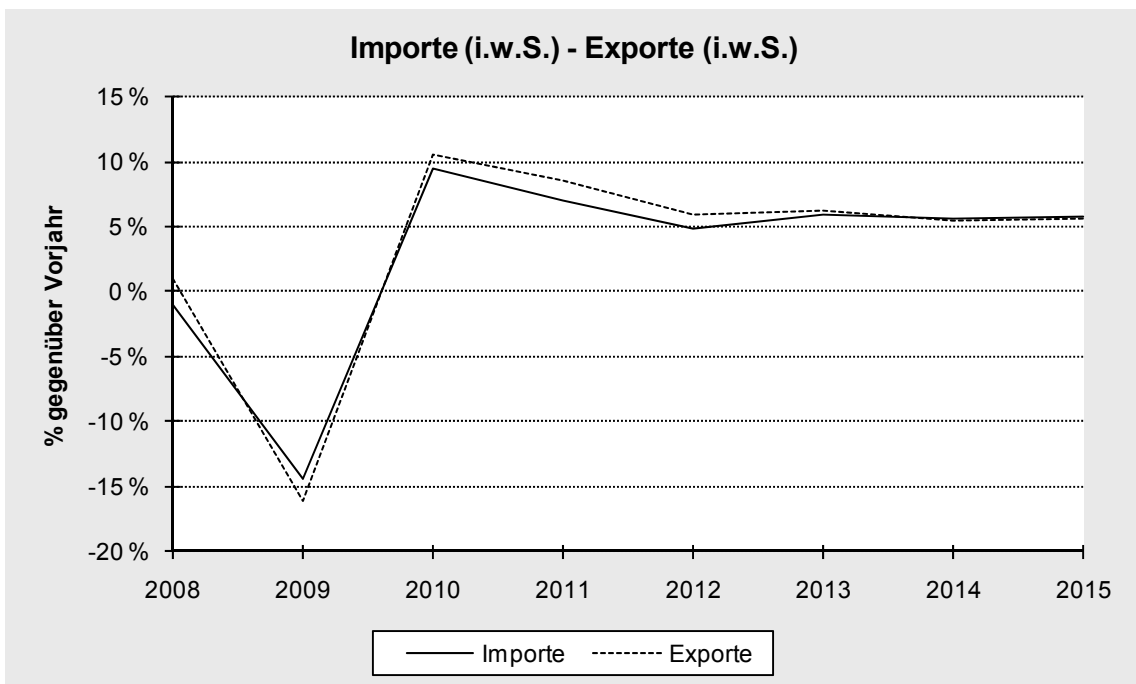
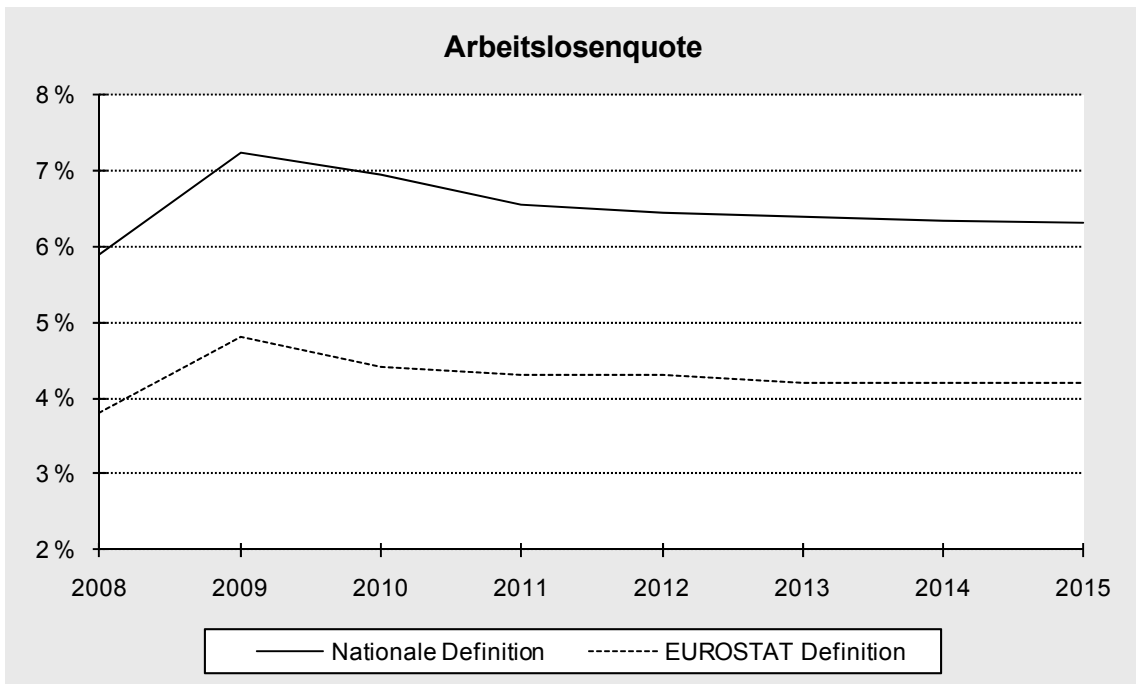
	2006-2010	2011-2015
Bruttoinlandsprodukt, real	1.5	2.2
Privater Konsum, real	1.1	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.1	3.4
Ausrüstungsinvestitionen, real	0.9	4.8
Bauinvestitionen, real	-1.1	1.1
Inlandsnachfrage, real	1.0	1.6
Exporte i.w.S., real	1.9	6.3
Waren, real (laut VGR)	1.6	7.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.0	1.7
Importe i.w.S., real	0.9	5.9
Waren, real (laut VGR)	1.3	6.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.8	1.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	0.9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition *)	6.6	6.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition *)	4.4	4.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.6	2.8
Preisindex des BIP	1.6	1.9
Verbraucherpreisindex	1.8	2.2
3-Monats-Euribor *)	2.8	2.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	3.9	4.3

*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 2006 bis 2010 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 3.5 %, der reale Welt-handel legte um durchschnittlich 3.7 % zu und die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen dürften um 2.2 % gewachsen sein. Die Weltwirtschaft befand sich in den Jahren 2006 und 2007 in einer Hochkonjunktur. Als Folge der dynamischen Nachfrage zogen die Rohstoffpreise an. Die hohe Inflation bremste den Konsum der privaten Haushalte, und die Unternehmen begannen unter verschärfteren Finanzierungsbedingungen und den hohen Rohstoffpreisen zu leiden. Die Probleme am US-Immobilienmarkt lösten eine Finanzkrise aus. Die Aktienmärkte verzeichneten Rückschläge, wobei sich die Situation ab September 2008 durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verschlimmerte. Der Konjunkturreinbruch erfasste allmählich alle Industrieländer. 2009 erlitt die Weltwirtschaft den stärksten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Die exportorientierten Ökonomien verzeichneten dabei den größten Rückgang, wobei vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie hohe Verluste erlitten. Mitte 2009 gab es erste Anzeichen einer Erholung der Weltwirtschaft. Die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung wirkten stabilisierend. Die Weltwirtschaft hat so die „Große Rezession“ rasch überwunden. Die Wachstumsimpulse kamen aus den Schwellenländern, wo ein hoher Bedarf an Investitionsgütern besteht. Exportorientierte Ökonomien wie Deutschland haben von der hohen Nachfragedynamik aus Asien profitiert. 2010 entwickelten sich auch der Welthandel und die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse sehr dynamisch, die Rückschläge von 2009 konnten dennoch nicht zur Gänze aufgeholt werden. Die auflebende globale Nachfrage hat Preissteigerungen bei den Rohstoffen mit sich gebracht.

Die rasante konjunkturelle Belebung, wie sie 2010 zu beobachten war, schwächt sich 2011 nur etwas ab. Die Rohstoffpreisentwicklung, politische Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten, die hohe Verschuldung einzelner Staaten sowie die Naturkatastrophe in Japan und ihre Folgen belasten die weltweite Nachfrage. In den Schwellenländern zeigen sich Überhitzungserscheinungen. In den kommenden Jahren wird die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft jedoch robust bleiben. Es ist damit zu rechnen, dass der Preisdruck wieder nachlassen wird und die Geldpolitik somit keinen besonders restriktiven Kurs einschlagen muss. Es bestehen aber auch Risiken, die die Entwicklung dämpfen könnten. Die Regierungen zahlreicher Staaten müssen in den kommenden Jahren einen strikten Sparkurs einhalten. Strengere Richtlinien für die Vergabe von Krediten an Unternehmen und private Haushalte könnten im Prognosezeitraum die Investitionstätigkeit erschweren. In den Industrieländern dürfte die Arbeitslosigkeit nur langsam zurückgehen. Die Ausgaben der Konsumenten werden daher gedämpfter bleiben, als es in den Aufschwungphasen früherer Konjunkturzyklen der Fall war.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2006 bis 2010 im Durchschnitt 75.3 US-Dollar pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 125.3 USD zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung des Rohstoffs sollte der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in

den kommenden Jahren langsamer als in den vergangenen Aufschwungphasen ausfallen. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass sich der US-Dollar gegenüber dem Euro im Prognosezeitraum stabilisiert. Durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA sinkt das Risiko einer Dollar-Abwertung. Das Institut geht daher in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.39 USD aus.

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wird im Zeitraum 2011 bis 2015 durchschnittlich 2.4 % betragen, nach 1.1 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern wird der Zuwachs deutlich höher liegen. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 9.2 %. Der konjunkturelle Aufschwung der Region erreichte im Jahr 2007 seinen Höhepunkt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erfasste Ende 2008 die asiatischen Volkswirtschaften und verstärkte sich Anfang 2009. Die Tigerstaaten, insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia, litten unter dem rückläufigen globalen Handel. China und Indien waren zwar auch vom Rückgang der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wurde aber von der Inlandsnachfrage gestützt. Der IWF erwartet für 2011 in den asiatischen Schwellenländern ein Wirtschaftswachstum von 8.5 %. In den kommenden Jahren könnte das durchschnittliche Wachstum ähnlich hoch ausfallen. Zwischen 2006 und 2010 ist die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 4 % gewachsen. Die konjunkturelle Entwicklung wurde vor allem von der regionalen Nachfrage getrieben. Durch die hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist die Wirtschaft Lateinamerikas 2009 vom weltweiten Konjunkturabschwung nicht verschont geblieben, gefolgt von einem sehr raschen und robusten Konjunkturaufschwung 2010. Für 2011 erwartet der IWF ein Wachstum von 4.7 %. Im Prognosezeitraum dürfte laut IWF in Lateinamerika das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 4 % ausmachen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU-27 um durchschnittlich 0.8 %, im Euroraum betrug das Wachstum 0.7 %. In den Jahren 2006 und 2007 herrschte Hochkonjunktur. Die kräftige Konjunkturbelebung gründete sich vor allem auf die wirtschaftliche Erholung in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien. 2008 begann jedoch auch die Wirtschaft des Euroraums unter den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, der Finanzkrise und der sinkenden weltweiten Konjunkturdynamik zu leiden. 2009 belastete vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ging massiv zurück. Die öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen haben die Budgetdefizite der einzelnen Mitgliedstaaten kräftig in die Höhe getrieben. 2010 erwiesen sich Deutschland und Polen als die Wachstumsmotoren in der Europäischen Union. In den anderen großen EU-Staaten ist die Konjunktur hingegen deutlich schwächer ausgefallen, insbesondere in Südeuropa. Im Euroraum wurde das Wirtschaftswachstum von den Exporten getragen. Die starke Nachfrage kam insbesondere aus den Schwellenländern, dagegen ist die Konsumdynamik wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der gedämpften Einkommensentwicklung verhalten ausgefallen.

Im Euroraum wird die konjunkturelle Entwicklung im Prognosezeitraum robust bleiben. Die niedrigen Finanzierungskosten werden den privaten Konsum und die Investitionstätigkeit stärker als in den vergangenen Jahren stimulieren. Konjunkturdämpfend aber werden Kürzungen der staatlichen Ausgaben

und Steuererhöhungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Mitgliedstaaten wirken. Die Arbeitslosenquote, die in der letzten Fünfjahresperiode durchschnittlich 8.5 % betrug, wird im Prognosezeitraum höher ausfallen. Nach dem starken Preisauftrieb, wie er in der ersten Hälfte 2011 zu beobachten war, wird die Inflation in den kommenden Jahren wieder die 2 Prozent-Marke erreichen. Die Europäische Zentralbank dürfte den Leitzinssatz in den kommenden Jahren nur geringfügig anheben. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum wird im Prognosezeitraum voraussichtlich 1.8 % betragen.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2006 bis 2010 im Jahresdurchschnitt um 0.9 % gewachsen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 6.8 % und die Inflation betrug 2.2 %. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität hat in den vergangenen fünf Jahren 1.6 % ausgemacht. Der Anstieg der Exportquote wurde von der Wechselkursentwicklung gestützt, das Leistungsbilanzdefizit ging dadurch zurück. Am Binnenmarkt führten niedrige Finanzierungskosten in der Immobilienbranche zu einer Überhitzung. Der Boom im Eigenheimbau wurde von der Erwartung weiter stark steigender Immobilienpreise gestützt. Höhere Finanzierungskosten und eine fallende Nachfrage führten dann zu gravierenden Problemen, die sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf die Finanzdienstleistungen, ausweiteten. Das Platzen der Immobilienblase löste eine Finanzkrise aus. 2008 ist die US-Wirtschaft in eine Rezession geraten. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die geringere Verfügbarkeit von Krediten, die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die hohen Ölpreise haben die Wirtschaftslage weiter verschärft. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die etwa 70 % der Wirtschaftsleistung entspricht, ist zum ersten Mal seit 1974 gefallen. Umfangreiche Konjunkturpakete und die expansive Geldpolitik haben die US-Konjunktur im Jahr 2010 spürbar belebt. Der Aufschwung wurde von der Exportnachfrage und der Investitionstätigkeit getragen. Am Immobilienmarkt hat sich hingegen die Lage bestenfalls stabilisiert. 2010 ist die Arbeitsproduktivität markant angestiegen, begleitet von einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Wegen der schlechten Beschäftigungslage und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte ist der Konsum langsamer als in vergangenen Konjunkturaufschwüngen gewachsen. Die Rohstoffpreisentwicklung führte zu einem starken Anziehen der Inflation.

Durch die niedrigen Finanzierungskosten steigen 2011 die Ausrüstungsinvestitionen stark an. Hinzu kommt, dass durch den Rückgang während der Rezession 2009 noch immer ein Aufholbedarf bei den Ausrüstungsinvestitionen besteht. Im Prognosezeitraum könnte das BIP der USA um durchschnittlich 2.7 % zulegen. Die Konsumnachfrage wird sich aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und Verschuldung der privaten Haushalte nur langsam erholen. Die Stabilisierung am Immobilienmarkt wird weithin sehr schleppend verlaufen. Die öffentlichen Stimulierungsmaßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 trieben das Budgetdefizit in die Höhe, was Einsparungen im öffentlichen Sektor in den kommenden Jahren erforderlich macht. Die Inflation dürfte sich stabilisieren und die Arbeitslosenquote über dem Durchschnittswert der vergangenen fünf Jahre liegen.

Die Wirtschaft **Japans** ist in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.1 % gewachsen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 4.4 %, die Preise stagnierten. Die Arbeitsproduktivität nahm um

durchschnittlich 0.4 % zu. In den Jahren 2006 bis 2007 befand sich die japanische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Die Außenwirtschaft profitierte von der Nachfragebelebung in den USA, zudem war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen ausgerichtet. Darüber hinaus hat die moderate Teuerungsrate bei den Exportpreisen zum Erfolg im Außenhandel beigetragen. Hohe Einkommensrückflüsse aus Auslandsinvestitionen wirkten sich positiv auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes aus. Aufgrund der kräftigen Arbeitsnachfrage belebte sich der Konsum. Nach einer jahrelangen Deflation sind die Verbraucherpreise in den Jahren 2006 und 2007 angestiegen. 2008 begann sich die Binnennachfrage abzuschwächen. Rückläufig entwickelten sich der private Konsum und die Investitionstätigkeit. 2009 hat sich der konjunkturelle Abschwung in Japan deutlich verschärft. Durch den weltweiten Konjunkturreinbruch und die Aufwertung des Yen ist die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch gesunken. Damit sahen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Der starke Konjunkturaufschwung 2010 war primär auf die belebte Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern zurückzuführen. Steigende Löhne und Gehälter sowie staatliche Fördermaßnahmen haben zudem die Konsumnachfrage belebt.

Noch vor dem Erdbeben, dem Tsunami und der Beschädigung des Atomkraftwerks in Fukushima im März 2011 hat das Institut für die japanische Wirtschaft eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, weil die japanische Industrie unter den steigenden Produktionskosten zu leiden hatte. Nach der Katastrophe sind zuerst Engpässe in der Logistik und der Energieversorgung aufgetreten. Als Folge ist die Industrieproduktion stark eingebrochen. Nach Schätzungen der Weltbank könnten die langfristigen Kosten der Katastrophe 2.5 % bis 4 % des japanischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen. In der zweiten Jahreshälfte 2011 wird voraussichtlich der Wiederaufbau in Gang kommen. Wegen der damit verbundenen Kosten muss mit einem weiteren Anstieg der bereits hohen öffentlichen Verschuldung gerechnet werden. Es wird eine moderate Inflation erwartet, und die Arbeitslosenquote dürfte zunächst hoch bleiben. Die japanische Zentralbank wird daher weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten. Durch den Wiederaufbau ist 2012 mit einem konjunkturellen Aufschwung zu rechnen. In den folgenden Jahren dürfte sich die Dynamik wieder abschwächen. Das Institut erwartet im Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 1.2 %. Die Außenwirtschaft bleibt weiterhin die Stütze der Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit wird sich zurückbilden.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 11.2 % gewachsen. In den Jahren 2006 und 2007 hat sich die Konjunktur beschleunigt, gefolgt von einer Abschwächung in den folgenden zwei Jahren. Um einen stärkeren Abschwung zu vermeiden, hat die chinesische Regierung bereits 2008 ein massives Konjunkturpaket geschnürt, dem weitere Stimulierungsmaßnahmen folgten. Die Notenbank hat den Leitzins drastisch von 4.5 % auf 1.5 % gesenkt. So ist die chinesische Wirtschaft 2009 vom globalen Wirtschaftseinbruch nahezu verschont geblieben. 2010 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der Investitionstätigkeit getragen. Die passiven Direktinvestitionen wuchsen um 17.4 %. Die steigenden Einkommen ermöglichten den privaten Haushalten, langlebige Wirtschaftsgüter wie Eigenheime und Kraftfahrzeuge zu erwerben. Die chinesische Währung wertete gegenüber dem US-Dollar etwas auf und begünstigte so die Importnachfrage. Im Außenhandel mit Gütern wurde 2010 zwar wieder ein Überschuss erzielt, er ist aber

geringer als in den vergangenen Jahren ausgefallen, was auf den wachsenden Rohstoffbedarf in der Industrie zurückzuführen ist.

Die Volksrepublik China zählt weiterhin zu den wichtigsten Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. In der Bauindustrie wird die Konjunktur sehr belebt bleiben. Das Auslaufen von Konjunkturpaketen, eine restriktivere Geldpolitik, striktere Bedingungen in der Kreditvergabe und eine weitere Währungsaufwertung werden die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren etwas bremsen. Maßnahmen wie Preiskontrollen oder eine drastische Anhebung der Finanzierungskosten werden dazu beitragen, die hohe Inflation in den Griff zu bekommen. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 8.2 %.

In den Jahren 2006 bis 2010 wuchs die Wirtschaft **Deutschlands** im Durchschnitt um 1.1 %. Die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 7.9 % und die Inflation 1.6 %. In den Jahren 2006 und 2007 haben das hohe Produktivitätswachstum und sinkende Lohnstückkosten maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen. Die Auslagerung von Teilen der Produktion, etwa in osteuropäische Niedriglohnländer, hat den deutschen Unternehmen Kostenvorteile verschafft. Der Unternehmenssektor hat mit diesem Restrukturierungskurs deutlich an Leistungsfähigkeit gewonnen. Die deutsche Wirtschaft behielt ihre führende Rolle in der Herstellung von Hochtechnologieprodukten. Die positive Entwicklung griff auch auf die Inlandsnachfrage über. In den Jahren 2006 und 2007 verzeichnete die deutsche Wirtschaft somit eine Hochkonjunkturphase. Die Arbeitslosigkeit konnte verringert werden. Durch ihren hohen Offenheitsgrad wurde die deutsche Wirtschaft vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen, konnte aber anschließend ebenso von der weltweiten Erholung stark profitieren. 2009 sank die weltweite Nachfrage gerade nach jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. Darunter litt der Maschinenbau am meisten. Trotz der schlechten Wirtschaftslage wurden die Arbeitskräfte gehalten, was zu einem Produktivitätsrückgang führte und sich in höheren Lohnstückkosten niederschlug. 2010 entwickelte sich die deutsche Wirtschaft zum konjunkturellen Zugpferd der Wirtschafts- und Währungsunion. Die ausgezeichnete Exportentwicklung ist auf die belebte Nachfrage aus den Schwellenländern zurückzuführen. Der rasante Aufschwung in der Außenwirtschaft bewirkte ein Anziehen der Investitionstätigkeit und eine Beschäftigungszunahme. Vertrauenszuwächse der Konsumenten haben zu Steigerungen in der Nachfrage im Einzelhandel geführt.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auch 2011 das konjunkturelle Zugpferd des Euroraums. Die hohe Kapazitätsauslastung und die niedrigen Finanzierungskosten fördern die Ausrüstungsinvestitionen, und auch bei den Bauinvestitionen verstärkt sich die Dynamik. Die Erholung des privaten Konsums dürfte sich festigen und zur Belebung der Binnennachfrage beitragen. In den kommenden Jahren wird sich jedoch die Wachstumsdynamik abschwächen. Die Auslandsnachfrage wird weniger stark wachsen. Eine Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung wird auch von der Investitionstätigkeit ausgehen. Die Arbeitslosigkeit wird, auch aus demografischen Gründen, abnehmen. Die Konsumnachfrage dürfte sich somit weiter beleben. Der öffentliche Konsum wird im Prognosezeitraum verhaltener als in den vergangenen Jahren zulegen. Die stabile Entwicklung beim Wechselkurs und den

Rohstoffpreisen ermöglicht eine moderate Preisentwicklung im Inland. Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 2.2 % pro Jahr zulegen.

Das BIP **Italiens** ging in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.4 % zurück. Die Arbeitslosenquote betrug 7.2 % und die Inflationsrate 2 %. In den Jahren 2006 bis 2007 befand sich Italien in einer Hochkonjunkturphase, zurückzuführen auf die rege Nachfrage der privaten und öffentlichen Haushalte. Im Außenhandel resultierten jedoch steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der Industrie auf nur langsam wachsende Segmente der Weltwirtschaft in einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten aus Asien. Während es der deutschen Wirtschaft gelang, die Produktivität zu verbessern, verzeichnete Italien in dieser Hinsicht kaum Fortschritte. Die Exportwirtschaft erlitt daher hohe Marktanteilsverluste. Die Leistungsbilanz wies in den vergangenen fünf Jahren ein Defizit aus. Im Einklang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung setzte auch in Italien im Jahr 2008 der konjunkturelle Abschwung ein, der sich 2009 drastisch verstärkte. Die exportorientierten Branchen erlitten dabei den größten Einbruch. Durch öffentliche Hilfsprogramme und Steuererleichterungen wurden noch größere Verluste im Fahrzeug- und Maschinenbau verhindert. Der Aufschwung 2010 wurde von der Auslandsnachfrage und von den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Die Baubranche musste hingegen einen weiteren Rückschlag hinnehmen. Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte reflektierte die angespannte Lage am Arbeitsmarkt.

2011 wird die konjunkturelle Entwicklung vor allem von der Auslandsnachfrage gestützt. Der starke Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich aufgrund von trübere Gewinnersparungen abschwächen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte belastet die Investitionstätigkeit, insbesondere in der Bauindustrie. Die Konsumenten bleiben wegen der Preisentwicklung zurückhaltend. In den kommenden Jahren dürfte sich die langsame Gangart der Erholung fortsetzen. Das BIP wird im Prognosezeitraum um 1.4 % pro Jahr wachsen. Die Nachfrage in der Exportwirtschaft wird weiterhin dynamisch bleiben und in der Baubranche könnte eine Erholung einsetzen. Zudem ist mit einer Belebung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Der Arbeitsmarkt wird sich stabilisieren und der Inflationsdruck dürfte gering bleiben.

Im Zeitraum 2006 bis 2010 betrug das Wachstum der Wirtschaft **Frankreichs** im Durchschnitt 0.7 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8.5 % und die Inflation auf 1.7 %. In den Jahren 2006 bis 2008 bildete die Nachfrage der privaten Haushalte die treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Durch die geringere Abhängigkeit der französischen Wirtschaft vom Export ist der Konjunktur-einbruch im Jahr 2009 schwächer ausgefallen als in den großen Nachbarländern. Einkommenszuwächse haben den privaten Konsum gestützt, die Stimulierungsmaßnahmen im Bereich Infrastruktur und in der Fahrzeugindustrie milderten den Abschwung. Die Fahrzeugbranche profitierte darüber hinaus von den Konjunkturpaketen (Abwrackprämien) in den Nachbarländern. 2010 wurde die Konjunktur von der Auslandsnachfrage gestützt. Auch der private Konsum hat eine solide Entwicklung aufgewiesen. Der Zuwachs beim öffentlichen Konsum fiel hingegen geringer als in den vorangegangenen Jahren aus.

2011 gehen die Impulse vom privaten Konsum und insbesondere von der Investitionstätigkeit aus. Die Baukonjunktur stabilisiert sich. Von den Nettoexporten wird im laufenden Jahr kein Wachstumsimpuls erwartet, weil sich die Importtätigkeit stärker beschleunigt. In den kommenden Jahren dürfte die Wirtschaft auf einem soliden Wachstumskurs bleiben. Besser als in den vergangenen fünf Jahren könnte die Investitionstätigkeit ausfallen. Von der Außenwirtschaft wird hingegen kein Wachstumsimpuls erwartet. Die Inflation wird moderat bleiben. Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht. Die französische Wirtschaft wird somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 2 % wachsen.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von 0.3 %. Die Arbeitslosigkeit betrug 6.4 %, die Inflation belief sich auf 2.7 %. Bis 2007 entwickelte sich die Inlandsnachfrage sehr robust. Die ausgezeichnete Konjunktur hat zu steigenden Einkommen geführt. Der private Konsum war daher sehr dynamisch, und auch die Bauinvestitionen wiesen ein hohes Wachstum auf. Eine deutliche Abkühlung der Nachfrage setzte 2008 ein. Wie in den USA, so sah sich auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit einem überhitzten Immobilienmarkt, einer hohen Verschuldung der privaten Haushalte und einem angeschlagenen Finanzsektor konfrontiert. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren, begannen drastisch einzubrechen. 2009 hat sich, neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor, der konjunkturelle Abschwung in der Außenwirtschaft und bei den Investitionen niedergeschlagen. Wegen der schleppenden Nachfrage und der Rohstoffpreisentwicklung ist die Inflation markant gesunken. Der Leitzins erreichte ein Rekordtief von 0.5 %. Auch die britische Wirtschaft profitierte 2010 von der belebten Nachfrage aus den Schwellenländern, gestützt von einer Abwertung des britischen Pfund. Eine sehr gute Entwicklung verzeichneten somit die exportorientierten Branchen der Güterverarbeitenden Industrie. Die Beschäftigung hat dabei kräftig zugenommen. Die Konsumnachfrage hat sich deutlich belebt und die Immobilienbranche verzeichnete einen Aufschwung.

2011 gehen die Wachstumsimpulse von den Exporten und den Unternehmensinvestitionen aus. Mit einer Beschleunigung in der Konsumnachfrage kann hingegen im laufenden Jahr nicht gerechnet werden, was primär auf die schwache Einkommensentwicklung zurückzuführen ist. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen werden zum Abbau des Budgetdefizits beitragen. In den kommenden Jahren dürfte die *Bank of England* die Zinsen auf einem niedrigen Niveau belassen, weil die Arbeitnehmerentgelte nur sehr langsam steigen und auch die Kreditnachfrage sehr schleppend verläuft. Aufgrund von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die den Abbau von öffentlicher Beschäftigung vorsehen, wird die Arbeitslosigkeit nicht zurückgehen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um 2 % pro Jahr zulegen.

In den Jahren 2006 bis 2010 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 2 %. Das Produktivitätswachstum machte 0.3 % aus, und die Lohnstückkosten legten um 1.8 % zu. Die Arbeitslosenquote betrug 3.9 %. Trotz der vergleichsweise guten Wirtschaftslage blieb die Inflation mit 0.9 % moderat. In den Jahren 2006 bis 2008 wurde die Konjunktur von den Exporten getragen. Die Exportquote erreichte 2006 einen Höchststand von 60 %. Aber auch die Inlandsnachfrage war breit abgestützt. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten ein kräftiges Wachstum. Fusionen und Übernahmen fanden deutlich häufiger als in den vorangegangenen Jahren statt. Die günstige Einkommens-

und Arbeitsmarktentwicklung stützte den privaten Konsum. In den Jahren 2006 und 2007 begannen sich jedoch in der Bauwirtschaft Probleme abzuzeichnen, und im Jahr 2008 hat sich die Konjunktur der gesamten Schweizer Wirtschaft merklich abgekühlt. Die Finanzkrise und Rezessionsängste in den USA waren die Auslöser dafür. Die Wirtschaft der Schweiz ist somit im Sommer 2008 in eine Rezession geraten. 2009 wurde ein markanter Einbruch in der Außenwirtschaft und in der Folge bei den Ausrüstungsinvestitionen verzeichnet. Trotz freier Kapazitäten und deutlicher Gewinnrückgänge ging die Beschäftigung nicht zurück, weil viele Firmen die Möglichkeit der Kurzarbeit ausgeschöpft haben. Die vergleichsweise gute Entwicklung der Bauwirtschaft trug zur Abfederung des Konjunkturrückgangs im Jahr 2009 bei. Die Außenwirtschaft hat 2010 trotz der Stärke des Schweizer Franken einen robusten Aufschwung verzeichnet und konnte den Einbruch von 2009 fast wettmachen. Die Baubranche profitierte vom privaten Wohnbau. Der private Konsum ist 2010 stärker als im Jahr davor gewachsen, gestützt von der Lohn- sowie der Beschäftigungsentwicklung. Die geringe Teuerungsrate wirkte sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus.

2011 entwickelt sich die Auslandsnachfrage weiterhin sehr dynamisch und aufgrund der moderaten Inflation bleiben die Konsumausgaben belebt. Eine Abkühlung setzt in der Baubranche ein. In den kommenden Jahren wird sich die Konjunkturentwicklung auf hohem Niveau abschwächen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um durchschnittlich 2 % zulegen. Die zu erwartende geringe Teuerungsrate erlaubt es der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die expansive Geldpolitik beizubehalten. Ein Risiko bildet die Nachfragentwicklung im Euroraum, denn eine konjunkturelle Abkühlung dort in Verbindung mit einem starken Schweizer Franken könnte den Exportsektor empfindlich treffen.

Nach einem BIP-Wachstum um 3.1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (Neue Mitgliedstaaten – NMS)** mittelfristig dynamisch bleiben und im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 3.2 % betragen.

Trotz einer erwarteten Abschwächung der Auslandsnachfrage dürften die NMS von der dynamischen Entwicklung in Deutschland und in den benachbarten Ländern weiter profitieren. Die Nettoexporte werden somit wichtige Wachstumstreiber am Anfang der Prognoseperiode bleiben. Angetrieben durch das Exportwachstum, erholen sich die Ausrüstungsinvestitionen langsam. Großinvestitionsprojekte wie beispielsweise die Pipelines *Nabucco* und *South Stream* sowie durch die EU kofinanzierte Infrastrukturprojekte dürften das BIP-Wachstum stützen. Der private Konsum zieht langsam an, insbesondere in Ländern mit geringer Verschuldung der privaten Haushalte. Die Kreditvergabe belebt sich allmählich. Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit, die moderaten Einkommenssteigerungen und die niedrigeren Sparquoten stützen die schrittweise Erholung des privaten Konsums.

Die beträchtlichen Budgetdefizite führen zur Implementierung fiskalischer Sparmaßnahmen mit dämpfenden Effekten auf das BIP-Wachstum sowie zur Verschiebung der Beitrittspläne zum Euroraum. Die Rückführung der hohen Budgetdefizite, der Inflation und der Auslandsverschuldung sowie die durch die Wirtschaftskrise angestiegene Arbeitslosigkeit bleiben mittelfristig große Herausforderungen für die NMS.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Ungarn** um 0.1 % zurückgegangen. Die Wirtschaft dürfte sich heuer und in den folgenden Jahren, gestützt durch die Auslandsnachfrage und die Implementierung von Infrastrukturprojekten, langsam erholen. Infolge der Einkommensteuer- und der Pensionsreform dürfte der private Konsum in der Prognoseperiode zunehmen. Die Senkung der Lohnnebenkosten und der Körperschaftsteuer sowie die angekündigten Direktinvestitionen werden zum Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen. Um das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung abzubauen, wird die Regierung in der Prognoseperiode voraussichtlich die zurückhaltende Fiskalpolitik beibehalten. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 könnte das BIP-Wachstum in Ungarn 2.3 % betragen.

Nach einer dynamischen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (4.7 %) dürfte sich das BIP-Wachstum in **Polen** verlangsamen und im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 3.5 % betragen. Die Inlandsnachfrage bleibt der Hauptmotor. Der Konsum steigt infolge zunehmender Beschäftigung und Löhne. Die Anlageinvestitionen wachsen, auch aufgrund der Infrastrukturinvestitionen in Vorbereitung auf die UEFA EURO 2012. Infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung und Änderungen im Pensionssystem dürfte das Budgetdefizit heuer und in den folgenden Jahren zurückgehen.

In **Tschechien** sollte das Wachstum nach einem Durchschnitt von 2.6 % in den Jahren 2006 bis 2010 mittelfristig moderat bleiben und im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 2.8 % betragen. Die Nettoexporte und die Investitionen tragen insbesondere am Anfang der Prognoseperiode zum BIP-Wachstum bei. Der private Konsum erholt sich nur langsam. Mittelfristig dürfte das Budgetdefizit infolge der Implementierung der beschlossenen fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen zurückgehen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2006 bis 2010 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 4.7 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP Wachstumsrate von 3.5 % etwas langsamer entwickeln. Die starke Nachfrage aus Deutschland sowie die Förderung des Infrastrukturausbaus unterstützen das kräftige Wachstum der slowakischen Wirtschaft. Infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und die Sozialabgaben erholt sich der private Konsum nur langsam. Die Rückführung des hohen Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Prognoseperiode.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2011 bis 2015 ein durchschnittliches Wachstum von 2.2 % erwartet, womit sich der Wachstumstrend gegenüber den letzten fünf Jahren (1.7 %) leicht beschleunigt. Das Wachstum wird insbesondere am Anfang der Prognoseperiode von den Nettoexporten getragen. Infolge der geplanten Ausgabenkürzungen und der weiteren Budgetkonsolidierungsmaßnahmen, mit dem Ziel, das Budgetdefizit und die hohe Auslandsverschuldung zurückzuführen, ist mit einer schwachen Inlandsnachfrage zu rechnen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 2.5 % gewachsen. Nach einem Rückgang in den beiden letzten Jahren wird das BIP 2011 wieder steigen. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 2.8 % belaufen. Infolge der Implementierung der fiskalischen Sparmaßnahmen dürfte sich der private Konsum nur langsam erholen. Positive Impulse kommen hingegen von der Auslandsnachfrage und den Investitionen.

Nach einem BIP-Wachstum von 2.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre könnte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2011 bis 2015 ein durchschnittliches Wachstum von 2.8 % verzeichnen. Die anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage dämpft das Wachstum am Anfang der Prognoseperiode. Die Exporte entwickeln sich dagegen dynamisch und stützen die Wirtschaft. Mittelfristig bleiben die Senkung der Inflation sowie der Abbau der Arbeitslosigkeit die wichtigsten Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Kroatien** um 0.9 % gewachsen. Kroatien wird im Juli 2013 der EU beitreten. Da die Beitrittsperspektive mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen bedeutet, ist mit einer Belebung der Investitionen im Prognosezeitraum zu rechnen. Die verstärkten Reformbestrebungen, die auf den Beitrittsperspektiven beruhen, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fördern. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 um 2 % wachsen. Die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung des Budgetdefizits und der Auslandsverschuldung dürften hingegen das Wachstum dämpfen.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 3.5 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten, unterstützt durch eine günstige Entwicklung des Ölpreises und die internationale Nachfrage nach Rohstoffen, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2011 und 2015 4.2 % betragen. Zur Budgetkonsolidierung plant die russische Regierung den Verkauf der Minderheitsanteile an zehn Großunternehmen zwischen 2011 und 2013. Strukturelle Probleme (unter anderem in der öffentlichen Verwaltung und im Gassektor) könnten das Wachstum dagegen negativ beeinflussen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bleibt die Reduzierung der Inflation.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2006–2010	2011–2015
Welthandel	3.7	6.7
BIP, real		
Deutschland	1.1	2.2
Italien	-0.4	1.4
Frankreich	0.7	2.0
Vereinigtes Königreich	0.3	2.0
Schweiz	2.0	2.0
USA	0.9	2.7
Japan	0.1	1.2
China	11.2	8.2
Polen	4.7	3.5
Slowakei	4.7	3.5
Tschechien	2.6	2.8
Ungarn	-0.1	2.3
Slowenien	1.7	2.2
Bulgarien	2.7	2.8
Rumänien	2.5	2.8
Kroatien	0.9	2.0
Russland	3.5	4.2
Euroraum	0.7	1.8
NMS-12	3.1	3.2
EU-27	0.8	1.9
OECD	1.1	2.4
Österreichische Exportmärkte	3.8	6.3
USD/EUR Wechselkurs*)	1.36	1.39
Erdölpreise*)**)	75.3	125.3

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft profitierte in den Jahren 2006 und 2007 von der weltweiten Hochkonjunktur. Die internationale Preisentwicklung und steigende Finanzierungskosten führten dazu, dass in der zweiten Hälfte 2008 die Nachfragedynamik aus dem Ausland nachließ. 2009 verschlechterten sich die internationalen Wirtschaftsbedingungen, und so geriet auch die österreichische Außenwirtschaft in eine schwere Rezession. Nach dem tiefen Einbruch 2009 stieg die Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland im Jahr 2010 wieder. Verglichen mit dem Welthandel blieb der Aufschwung in der österreichischen Exportwirtschaft Anfang des Jahres noch verhalten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die starke Welthandelsdynamik vor allem auf Asien konzentrierte und der Anteil der direkten österreichischen Exporte in diese Regionen bislang noch gering ist. Indirekte Effekte kamen jedoch im Jahresverlauf der österreichischen Außenwirtschaft zugute, zurückzuführen auf die engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den stark wachsenden Regionen der Welt. Im Prognosezeitraum 2011 bis 2015 dürfte die Wachstumsdynamik in der österreichischen Exportwirtschaft robust bleiben, die Zuwachsraten werden sich jedoch voraussichtlich auf ein normales Niveau abschwächen. Auch der Auftrieb bei den Außenhandelspreisen, wie er 2011 zu beobachten ist, wird nachlassen. Die Handelsbilanz dürfte im Prognosezeitraum einen leichten Überschuss aufweisen.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 2006 bis 2010 im Jahresdurchschnitt um 3.2 %. Die Exporte in den Euroraum legten um 2.1 % zu, während jene in die Länder außerhalb des Euro-raums um 4 % wuchsen. Nach Produktgruppen stiegen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen im Jahresdurchschnitt um 8.7 %, von Bearbeiteten Waren um 3.4 %, von Maschinen und Fahrzeugen um 1.1 % und von Fertigwaren um 2.8 %. Der geringe Zuwachs der gesamten nominellen Warenexporte in den vergangenen fünf Jahren ist auf die schwache Nachfrage im Jahr 2008 und auf den starken Einbruch 2009 zurückzuführen. Die Exporte von Bearbeiteten Waren und von Maschinen und Fahrzeugen verzeichneten dabei die stärksten Rückgänge. 2010 setzte ein rasanter Aufschwung ein. Nach dem starken Wachstum im Vorjahr wird sich jedoch 2011 die Nachfrage nach österreichischen Produkten aus dem Ausland auf hohem Niveau abschwächen. Ausschlaggebend für diese Erwartung ist das Nachlassen der Wachstumsdynamik in Asien und den USA. Die Nachfrage aus dem Euroraum und insbesondere aus Deutschland wird hingegen sehr belebt bleiben. Nach Produktgruppen dürfte die Nachfrage nach Chemischen Erzeugnissen am stärksten ausfallen. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 9.1 % zulegen. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 3.4 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum 8.4 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2006 bis 2010 ein leichtes Defizit aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre mit einem leicht positiven Saldo abschließen.

Der österreichische Tourismus erzielte in den vergangenen fünf Jahren bei den Exporten ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 2.2 %. Der Rückgang im Jahr 2009 fiel deutlich geringer als beim Warenhandel und in den anderen Dienstleistungssektoren aus. 2010 hat sich die Nachfrage in

der Tourismusbranche wieder stabilisiert. 2011 profitiert der österreichische Tourismus von der guten Wirtschaftslage in den Nachbarländern, insbesondere in Deutschland. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 3.6 % zulegen.

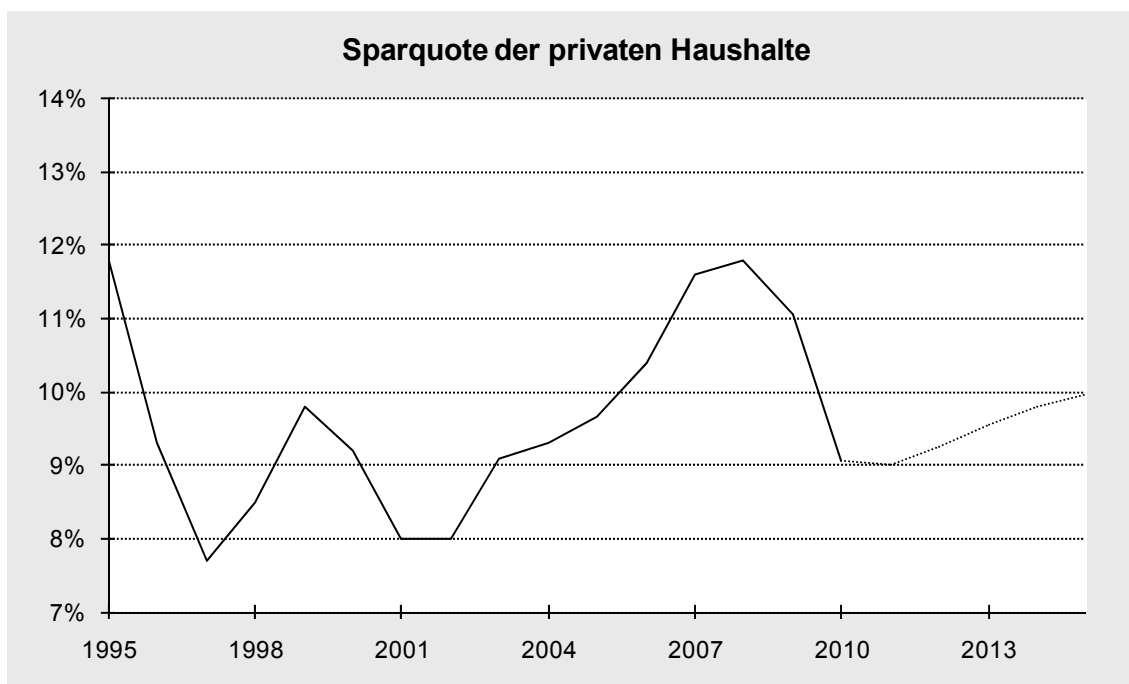
Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.9 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 6.3 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 7.2 % wachsen, nach 1.6 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.7 % zu. Die Importnachfrage belebt sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage wieder. Die realen Importe i.w.S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 5.9 % wachsen, nach einem Anstieg um 0.9 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 6.3 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 1.3 % zunehmen.

Die Exportquote (Exporte i.w.S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg in den Jahren 2006 bis 2008 von 56.8 % auf 59.2 %, 2009 erfolgte ein Rückgang auf 50.5 %; 2010 stieg sie auf 55.1 %. Die Quote der Warenexporte weitete sich von 41.5 % auf 42.9 % aus, 2009 ging sie auf 35.4 % zurück und stieg 2010 auf 39.7 %. In den vergangenen fünf Jahren sind die österreichischen Warenexporte durchschnittlich um 3.5 % langsamer als die Weltexporte von Waren gewachsen. Insgesamt gesehen verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft leichte Marktanteilsverluste.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wächst das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um durchschnittlich 1.5 %. Hier steht einem nominellen Wachstum von 3.6 % eine Inflationsrate des Konsumdeflators von 2.1 % gegenüber. Der **private Konsum** folgt zwar grundsätzlich der Einkommensdynamik, expandiert aber mit real 1.2 % pro Jahr etwas langsamer. Dadurch steigt die **Sparquote der Haushalte** von 9.1 % im Jahr 2010 auf 10 % im Jahr 2015.

Auf den steilen Fall der Haushaltssparquote in den Jahren 2009 und 2010 folgt im Szenario der Prognose eine Phase, in der sie leicht steigend gegen ein Niveau von 10 % strebt. Das Institut geht also davon aus, dass dieser Wert den langfristigen Zielvorstellungen der österreichischen Haushalte nahe kommt.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote ab 1995. Der kontinuierliche Auftrieb im Zeitraum 2003 bis 2008, in dem ein Maximum von fast 12 % erreicht wurde, wurde durch die internationale Finanzkrise und die Rezession gebrochen. Es ist allerdings auch zu erkennen, dass sich diese Kenngröße längerfristig in einem Korridor zwischen rund 8 % und 12 % bewegt, das gegenwärtige Niveau von etwa 9 % ist also keineswegs ungewöhnlich niedrig.

Im internationalen Vergleich liegen zwar die europäischen Haushaltssparquoten generell über dem Niveau der Vereinigten Staaten, die österreichische befindet sich jedoch im europäischen Spitzenfeld. Die Gründe für die regionale Heterogenität des Spar- und Ausgabenverhaltens der privaten Haushalte sind nicht restlos geklärt. Eine starke Präferenz zur Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten wie

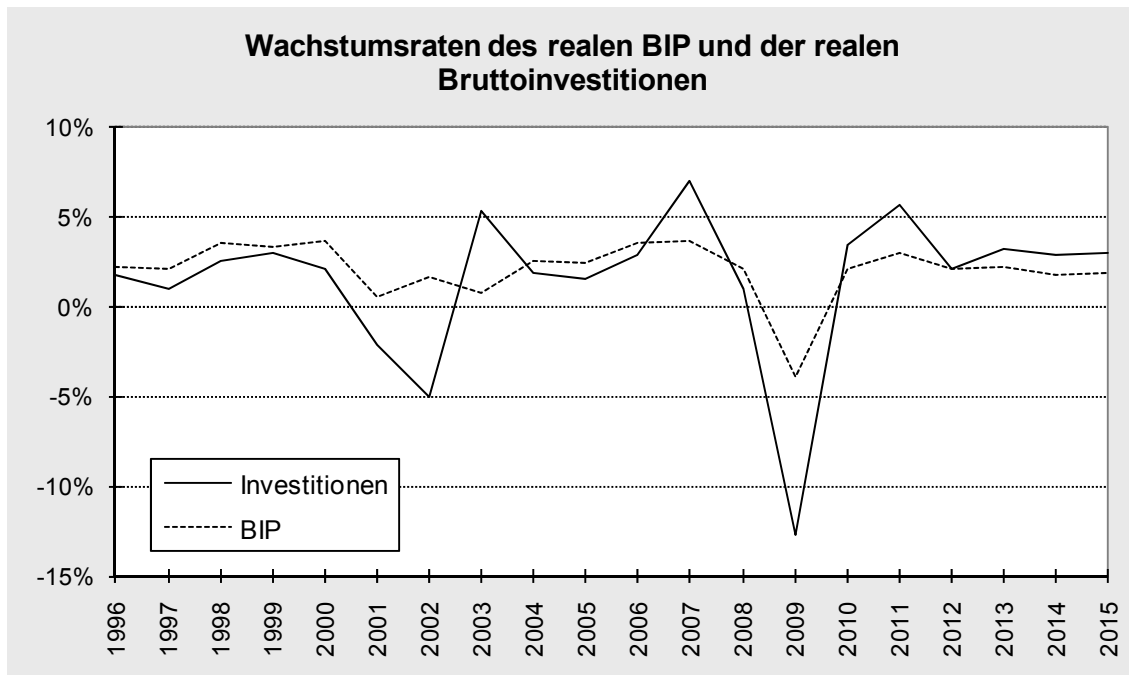
auch ein leichterer Zugang zu dieser Finanzierungsform erklärt sicher die niedrigen Werte im Vereinigten Königreich und in einigen anderen Ländern. Eine gewisse Rolle könnte auch der Anteil der Lohneinkommen an den verfügbaren Haushaltseinkommen spielen. Vielfach wird davon ausgegangen, dass Lohneinkommen stärker in Konsumausgaben umgesetzt werden als andere Einkünfte. Auch in Österreich ist der Anteil der Lohneinkommen mit der Haushaltssparquote über den Zeitverlauf leicht negativ korreliert. Der Rückgang in den Jahren 2009 und 2010 wurde von einem Einbruch bei den Nichtlohneinkommen begleitet. Das im Prognosezeitraum angenommene Wiedererstarben der Nichtlohneinkommen passt zum ausgewiesenen Anstieg der Haushaltssparquote.

Das vergleichsweise kleine Aggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 1.3 % nur wenig schneller als der private Konsum.

Die Investitionen schwanken im Konjunkturzyklus deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dieser Zusammenhang wird in der Volkswirtschaftstheorie als „Akzelerator-Prinzip“ bezeichnet. So waren die Bruttoinvestitionen das von der Wirtschaftskrise 2009 am stärksten betroffene Aggregat der Inlandsnachfrage. Im Verlauf des Jahres 2010 übertrug sich die von der Außenwirtschaft ausgehende wirtschaftliche Erholung auf die Sachkapitalbildung, und die Investitionen begannen wieder zu steigen. Die positive Entwicklung beschränkte sich bisher jedoch auf die Ausrüstungsinvestitionen, während die Bautätigkeit schwach blieb. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Investitionen als Reaktion auf die stark gestiegene öffentliche Verschuldung eingeschränkt wurden. Über den Zeitraum 2006 bis 2010 stagnierten sowohl die realen Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten) als auch die gesamten realen Bruttoinvestitionen (diese beinhalten neben den Anlageinvestitionen auch die Lagerbestandsveränderungen) weitgehend. Während die **realen Bruttoinvestitionen** durchschnittlich um 0.1 % pro Jahr zulegten, gingen die realen Bruttoanlageinvestitionen um 0.1 % zurück.

Im Prognosezeitraum dürften die Anlageinvestitionen um 3 % und die gesamten Bruttoinvestitionen um 3 ½ % pro Jahr ausgeweitet werden. Diese Entwicklung wird in erster Linie von den Ausrüstungsinvestitionen getragen, während sich die Bautätigkeit nur zögerlich erholt und erst in der zweiten Hälfte des Projektionszeitraums zur Expansion beitragen dürfte.

Da die Bruttoinvestitionen im Zuge der Rezession weitaus stärker als die gesamte Wirtschaftsleistung einbrachen, ist die Investitionsquote (der Anteil der Bruttoinvestitionen am realen Bruttoinlandsprodukt) von 23.1 % im Jahr 2007 auf 20.8 % im Jahr 2009 gefallen. Spiegelbildlich zur Entwicklung in der Rezession erzielen die Bruttoinvestitionen im Aufschwung eine höhere Wachstumsrate als die gesamte Wirtschaftsleistung. Somit dürfte die Investitionsquote allmählich wieder steigen und sich im Jahr 2015 auf 22.3 % belaufen. Für den Durchschnitt des Zeitraums 2011 bis 2015 impliziert die Prognose eine Investitionsquote von 21.9 %. Dies entspricht annähernd dem Durchschnittswert des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Wegen des massiven Einbruchs um 11,7 % während der Rezession 2009 wurden die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) im Zeitraum 2006 bis 2010 durchschnittlich nur um knapp 1 % pro Jahr ausgeweitet. Dabei gingen die Käufe neuer Fahrzeuge um 3,5 % pro Jahr zurück, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass diese Investitionskategorie mit einem Einbruch um 19 % im Jahr 2009 besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dies lässt sich damit erklären, dass die weltweite Wirtschaftskrise international über eine scharfe Kontraktion des Welthandels verbreitet wurde, womit die Nachfrage nach Transportdienstleistungen und damit letztlich auch nach LKW stark eingeschränkt wurde. Spiegelbildlich dazu erzielten die Fahrzeuginvestitionen im Jahr 2010 im Zuge der Konjunkturerholung, die wiederum mit einer starken Ausweitung des weltweiten Warenaustauschs einher ging, mit 3,6 % die höchste Wachstumsrate aller Investitionsgüterkategorien. Die Anschaffungen von Maschinen und Geräten verzeichneten im Fünfjahreszeitraum 2006 bis 2010 ein durchschnittliches Wachstum von knapp 2 %. Bei diesen Investitionsgütern belief sich der Rückgang im Jahr 2009 auf knapp 13 %, gefolgt von einer Zunahme um 1,5 % im vergangenen Jahr. Am günstigsten entwickelten sich im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum die Investitionen in immaterielle Anlagegüter (erworbene und selbsterstellte Computerprogramme, Urheberrechte, Suchbohrungen) mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von knapp 4 %. Diese Anlagekategorie macht 17 ½ % der gesamten realen Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen aus. Vor allem PC-Hardware und Software unterliegt einem kurzen Lebenszyklus und muss daher laufend ersetzt werden. Zudem werden Computer nicht nur in der Sachgütererzeugung, sondern in zunehmendem Maße auch in Dienstleistungsunternehmen und im öffentlichen Dienst eingesetzt. Diese Wirtschaftsbereiche wurden von der Rezession vergleichsweise wenig getroffen, sodass dort die Investitionstätigkeit nicht so stark zurückgegangen sein dürfte.

Im Prognosezeitraum gestalten sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmensinvestitionen günstig. Nachdem die Kapazitätsauslastung im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 massiv gesunken war, ist sie 2010 ebenso rasch wieder gestiegen und befindet sich inzwischen sogar etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Die Unternehmen werden somit in den kommenden Jahren nicht nur während der Krise aufgeschobene Investitionen zum Ersatz veralteter Anlagen vornehmen, sondern zunehmend auch in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investieren. Daran ändert auch die Erwartung nichts, dass der Konjunkturrückgang bereits im heurigen Jahr erreicht wurde und die wirtschaftliche Entwicklung anschließend eine etwas ruhigere Gangart einschlagen sollte. Die Unternehmensgewinne steigen im Prognosezeitraum deutlich. Dies ermöglicht nicht nur die Innenfinanzierung von Investitionsprojekten, sondern erleichtert über höhere Sicherheiten auch den Zugang zu Bankkrediten. Dass die Geschäftsbanken bei der Prüfung von Kreditanträgen vorsichtiger als vor der Finanzkrise agieren dürften, sollte die Investitionstätigkeit nicht beeinträchtigen, da aus betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Sicht rentable Investitionsprojekte dadurch nicht betroffen sein sollten. Die zu erwartende Stabilisierung der Finanzmärkte erleichtert die Investitionsfinanzierung über Aktienemissionen. Der Risikoaufschlag von Unternehmensanleihen im Vergleich zu Bundesanleihen dürfte im Einklang mit der erwarteten guten wirtschaftlichen Entwicklung gering bleiben, was die Aufnahme von Fremdkapital über den Kapitalmarkt unterstützt.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Aussichten hinsichtlich der konjunkturellen und monetären Rahmenbedingungen erwartet das Institut eine anhaltende Erholung der Sachkapitalbildung im Prognosezeitraum. Dabei dürfte im laufenden Jahr mit 7 % die höchste Zuwachsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen erreicht werden. Mit dem Auslaufen des Aufholprozesses nach dem rezessionsbedingten Einbruch sollte sich anschließend die jährliche Wachstumsrate auf 4 % bis 4,5 % einpendeln. Daraus ergibt sich für den Zeitraum 2011 bis 2015 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4,8 %.

Im Vergleich zu den Ausrüstungsinvestitionen stellen sich bei den **realen Bauinvestitionen** sowohl die vergangene Entwicklung als auch die Perspektiven wesentlich ungünstiger dar. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre gingen die Wohnbauinvestitionen um 1,4 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 0,8 % pro Jahr zurück. Für die gesamten realen Bauinvestitionen resultiert daraus ein durchschnittlicher Rückgang um 1,1 % pro Jahr.

Im Zuge der Wirtschaftskrise verabschiedeten die Bundesregierung und die Bundesländer zahlreiche Maßnahmen zur Abfederung des massiven Nachfrageeinbruchs. Diese Konjunkturstabilisierungsmaßnahmen beinhalteten vorgezogene Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie die finanzielle Förderung der thermischen Sanierung von Wohngebäuden. Während diese Maßnahmen den Rückgang der Bautätigkeit bremsen, trugen die Konjunkturpakete zusammen mit dem Wirken der automatischen Stabilisatoren zu einem deutlichen Anstieg des staatlichen Budgetdefizits und der öffentlichen Verschuldung bei. Vor dem Hintergrund der damit notwendig gewordenen Budgetkonsolidierung schränkte die öffentliche Hand bereits im Jahr 2011 ihre Investitionstätigkeit deutlich ein, und auch die ausgegliederten Gesellschaften ÖBB und ASFINAG kündigten an, nicht sämtliche geplanten Investitionsprojekte umzusetzen. Damit werden von der

öffentlichen Bautätigkeit zunächst keine Wachstumsimpulse ausgehen. Erst im späteren Verlauf des Prognosezeitraums ist mit fortschreitender Besserung der öffentlichen Finanzen mit einer allmählichen Erholung der öffentlichen Bauinvestitionen zu rechnen.

Nach mehreren schwachen Jahren signalisieren die steigenden Baugenehmigungen eine Erholung der Wohnbauinvestitionen. Die zunehmende Beschäftigung verbessert nicht nur unmittelbar die Einkommen der privaten Haushalte, sondern stärkt auch das Verbrauchervertrauen und die Bereitschaft, langfristige finanzielle Verpflichtungen, wie sie der Bau bzw. Kauf von Wohnimmobilien oft mit sich bringt, einzugehen. Auch die Stärkung der Realeinkommen mit dem zu erwarteten Abebben der Teuerung stärkt die Eigen- und Fremdfinanzierungsmöglichkeiten der privaten Haushalte. Zudem ist in Österreich die Verschuldung der privaten Haushalte vergleichsweise niedrig, sodass in den nächsten Jahren keine dämpfenden Bilanzanpassungen notwendig sind.

Für die Bauinvestitionen der Unternehmen kann im Prognosezeitraum im Einklang mit der positiven Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen eine Belebung erwartet werden. Auch hier werden sich die steigende Kapazitätsauslastung und die günstigen monetären Rahmenbedingungen förderlich auswirken.

Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen im Zeitraum 2011 bis 2015 um 1.1 % pro Jahr zunehmen. Damit bleibt die Zunahme der Bauinvestitionen weiterhin deutlich hinter der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen und auch hinter der Zunahme der gesamten Wirtschaftsleistung zurück. Somit wird sich der trendmäßige Rückgang des Anteils der Bauinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen und am Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum fortsetzen. Im Jahr 1995 machten die realen Bauinvestitionen noch 14 % der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus. Bis 2010 hatte sich der Anteil auf 10.5 % verringert, und die vorliegende Prognose impliziert bis 2015 einen weiteren Rückgang auf 9.5 %.

Die Rückführung der Defizite der **öffentlichen Haushalte**, welche sich während der „großen Rezession“ massiv ausgeweitet haben, steht im Prognosezeitraum im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Die diskretionären Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sind dazu ein wichtiger Schritt und werden von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem 2011 und 2012, unterstützt. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird nach 4.6 % im Jahr 2010 auf 1.6 % im Jahr 2015 zurückgehen. Trotz dieser Verbesserung wird die Verschuldungsquote bis zum Ende des Prognosehorizonts nur geringfügig sinken, wobei mögliche Rückzahlungen im Rahmen der Bankenhilfspakete nicht berücksichtigt wurden. Gegenüber dem letzten Fünfjahreszeitraum verändert sich die durchschnittliche Defizitquote kaum. Im Schnitt über die Jahre 2006 bis 2010 betrug sie 2.4 %, für die nächsten fünf Jahre geht das Institut von 2.3 % aus.

Im Prognosezeitraum setzt sich die Erholung der Einnahmen fort. In den Jahren 2006 bis 2010 sind die Produktionsabgaben um durchschnittlich 3.1 % gestiegen, 2011 bis 2015 werden sie um 4 % im Schnitt zulegen. Trotz des kräftigen Wachstums der direkten Steuern in den Jahren vor der Krise betrug der durchschnittliche Anstieg, auch infolge der Steuerreform des Jahres 2009, im vergangenen

Fünfjahreszeitraum lediglich 3 %. In den Jahren 2011 bis 2015 sollte der durchschnittliche Anstieg bei 5.9 % liegen. Im Gegensatz dazu werden sich die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen mit 3.5 % durchschnittlicher Wachstumsrate in etwa gleichem Tempo wie in den Jahren 2006 bis 2010 mit 3.3 % entwickeln. Die konstante Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Einkommen der Arbeitnehmer von der Krise deutlich weniger betroffen waren als die Gewinneinkommen.

Ausgabenseitig schlägt die Konsolidierung ebenso zu Buche. Ist der öffentliche Konsum im vergangenen Fünfjahreszeitraum noch um nominell durchschnittlich 4.3 % pro Jahr gestiegen, so wird der Zuwachs in den folgenden fünf Jahren bei rund 2.7 % jährlich liegen. Real wird der öffentliche Konsum im Schnitt um 0.7 % pro Jahr zulegen, nach 1.7 % in der vorherigen Periode. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Ankauf der Abfangjäger den öffentlichen Konsum im letzten Fünfjahreszeitraum erhöht hat. Die monetären Sozialleistungen werden ebenfalls merklich schwächer wachsen. Betrug der Anstieg in den Jahren 2006 bis 2010 im Schnitt noch 4.1 %, geht das Institut für die Prognoseperiode von 3.1 % aus. Es darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass es vor allem in der Krise einen massiven Anstieg gegeben hat. Trotz der wirtschaftlichen Erholung und den damit verbundenen geringeren Ausgaben für die soziale Sicherheit ist der Anstieg dennoch beträchtlich. Der hohe Schuldenstand wirkt sich bisher aufgrund des derzeit geringen Zinsniveaus budgetär noch nicht aus, die Zinsaufwendungen werden aber in Zukunft einen merklich höheren Stellenwert im Budget erhalten.

Obwohl die budgetäre Entwicklung in Österreich im internationalen Vergleich noch günstig aussieht, sind die Konsolidierungsanstrengungen zu intensivieren, um zielstrebig eine deutliche Verringerung der öffentlichen Schuldenstandsquote zu erreichen. Die Situation in einigen südeuropäischen Ländern hat gezeigt, dass die internationalen Finanzmärkte die Entwicklung und Konsolidierungsanstrengungen sehr genau beobachten. Es ist wichtig, das derzeitige Vertrauen der Anleger durch konsequente Maßnahmen zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, die Dynamik der Ausgaben bei den monetären Sozialleistungen (Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters) und den sozialen Sachleistungen (Finanzierung aus einer Hand im Gesundheitsbereich) in den Griff zu bekommen. Die Vorschläge der Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform bieten weitere wichtige Ansatzpunkte, um die Effizienz im öffentlichen Bereich zu erhöhen. Ebenso sollte die Reform des Finanzausgleichs vorangetrieben werden, um eine effizientere, transparentere und stärker an den Aufgaben orientierte Verteilung der Finanzausgleichsmittel zu erreichen.

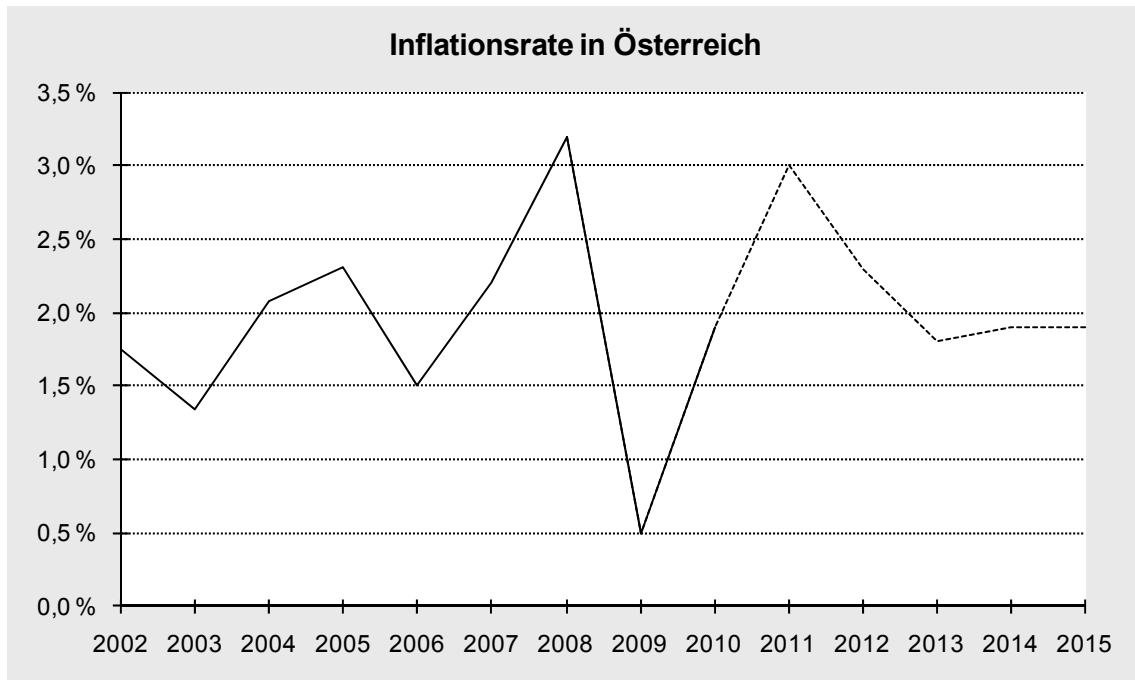
Die sozialpartnerschaftlichen Lohnverhandlungen haben wesentlich zur erfolgreichen Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Die Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre haben die Grundlage dafür gelegt, dass die Wirtschaftskrise vergleichsweise mäßige Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen hat. Gleichzeitig hat die Lohnpolitik in der heiklen Phase des tiefen Wirtschaftseinbruchs im Jahr 2009 bewusst die Kaufkraft gestärkt und einen tieferen Konjunkturerbruch verhindert. Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft diesen bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs damit gesichert bleibt. Im Zeitraum 2006 bis 2010 haben die **Arbeitnehmerentgelte je**

Aktiv-Beschäftigten um 2.6 % jährlich zugenommen. Seit dem Jahr 2006 haben dadurch die Real-löhne (auf Basis des Deflators des privaten Konsums) um 0.9 % jährlich zugelegt. Seit geraumer Zeit ist das Reallohnwachstum in Österreich etwas hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben. Die Wirtschaftskrise hat jedoch zu einer vorübergehenden Umkehrung der Relation von Produktivitäts- zu Lohnwachstum geführt. Aufgrund des dramatischen Einbruchs der Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 betrug das jahresdurchschnittliche Produktivitätswachstum zwischen 2006 und 2010 lediglich 0.4 % und lag somit im Beobachtungszeitraum unter dem Zuwachs der Reallöhne.

Im Prognosezeitraum zeichnet sich ein etwas kräftigeres Lohnwachstum ab. Nach einem verhaltenen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um etwa 2 % im Jahr 2011 sollten die Löhne in den Folgejahren um etwa 3 % pro Jahr zulegen. Das etwas höhere Lohnwachstum begründet sich mit der vorübergehend höheren Inflation und der zunehmend entspannten Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Dennoch geht das Institut davon aus, dass die Reallohnentwicklung zwischen 2011 und 2015 wieder, der langfristigen Tendenz folgend, etwas hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben und bei etwa 0.6 % jährlich liegen wird. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahresdurchschnitt um 2.8 % wachsen.

Die vergangenen fünf Jahre waren von relativ auffälligen Ausschlägen der **Inflationsrate** geprägt. Dafür war neben der konjunkturellen Lage insbesondere die Volatilität der internationalen Rohstoffpreise verantwortlich. Getrieben durch die Dynamik der globalen Energie- und Rohstoffpreise, kletterte der Anstieg der Verbraucherpreise Mitte des Jahres 2008 auf einen langjährigen Höchststand nahe der 4-Prozent-Marke. Im Gefolge der Wirtschaftskrise folgte ein Jahr später sogar eine kurze Phase sinkender Preise im Vorjahresvergleich. Im Durchschnitt der Periode 2006 bis 2010 ergibt sich schließlich ein vergleichsweise unauffälliger jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 1.8 %.

Im Jahr 2011 hat sich der Preisauftrieb, erneut aufgrund der Entwicklung der globalen Energie- und Rohstoffpreise, wieder merklich belebt. Für das laufende Jahr erwartet das Institut einen jahresdurchschnittlichen Anstieg des VPI um 3 %. In weiterer Folge werden sich die Rahmenbedingungen für die Inflationsentwicklung beruhigen. Das Wirtschaftswachstum bleibt moderat, Rohstoff- und Energiepreise steigen lediglich mäßig an und der Wechselkurs bleibt stabil. Die Inflation wird sich daher ab dem Jahr 2012 schrittweise auf Werte unter der 2-Prozent-Marke zurückbilden. Für den Zeitraum 2011 bis 2015 ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 2.2 %.



Quelle: Statistik Austria

Die konjunkturelle Erholung nach der „Großen Rezession“ hat die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** spürbar entspannt. Die Arbeitslosenquote liegt aber noch über dem Vorkrisenniveau (5,9 % im Jahr 2008). Nach der erfolgreichen Bewältigung der Wirtschaftskrise sollte sich die Arbeitsmarktpolitik daher wieder den strukturellen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarkts zuwenden. Aufgrund der Wirtschaftserholung hat sich die Beschäftigungsnachfrage bereits im Vorjahr belebt. In diesem Jahr expandiert die Beschäftigung weiterhin kräftig. Auch in den nächsten Jahren sollte die Beschäftigung weiter zulegen, allerdings mit geringerem Tempo. Im Prognosezeitraum nimmt das Arbeitskräfteangebot weiter zu. Die deutlichen Beschäftigungsgewinne schlagen sich daher, wie auch schon in der Vergangenheit, nicht in einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahl nieder.

Nach den krisenbedingten Arbeitsplatzverlusten hat die **Beschäftigung** bereits im Vorjahr merklich zugelegt, heuer ist mit einem Beschäftigungsanstieg um 1,7 % zu rechnen. Im weiteren Prognosezeitraum verlangsamt sich die Beschäftigungsnachfrage aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durchschnittliches Beschäftigungswachstum von 0,9 %. Im Jahr 2015 sollte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten somit um 135,000 Personen über dem Vorkrisenwert von 2008 liegen, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil des Beschäftigungsanstiegs auf Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft entfällt. Die Prognose basiert auf der Annahme einer verhaltenen Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Das Institut rechnet nicht mehr damit, dass die während der Krise aufgetretenen Produktivitätsverluste im Aufschwung aufgeholt werden. Dies würde ein deutlich schwächeres Beschäftigungswachstum implizieren.

Im Prognosezeitraum nimmt das Arbeitskräfteangebot spürbar zu. Dies erklärt sich durch mehrere Faktoren. Die erwerbsfähige Bevölkerung wächst noch, allerdings etwas langsamer als in der Vergan-

genheit. Der Trend einer steigenden Erwerbsneigung der Frauen wird sich fortsetzen. Das Ende der Übergangsfristen für Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten trägt ebenfalls zum steigenden Arbeitskräftepotenzial bei.

Nach dem krisenbedingten Anstieg ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahr um 10,000 auf 251,000 Personen gefallen. Berücksichtigt man die Ausweitung der Schulungen, ist die Zahl der Arbeitssuchenden konstant geblieben. Für dieses Jahr erwartet das Institut einen neuerlichen Rückgang der Arbeitslosen im Ausmaß von 10,000 Personen, allerdings bei merklich verringerten Schulungsaktivitäten. Im weiteren Prognosezeitraum wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stagnieren. 2015 ist somit eine Arbeitslosenquote in nationaler Definition von 6.3 % zu erwarten. Laut Eurostat-Definition wird ein Wert von 4.2 % erwartet.

Die Arbeitsmarktpolitik hat adäquat auf die Krise reagiert. Nun sollten aber strukturelle Probleme ins Zentrum der Aufmerksamkeit treten. Die kräftige Beschäftigungsnachfrage führt dazu, dass in gewissen Arbeitsmarktsegmenten das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Qualifikationen wieder stärker sichtbar wird. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Re- und Weiterqualifikation. Im Bereich des „lebenslangen Lernens“ sollte eine verstärkte Kooperation von Betrieben, AMS, Sozialpartnern und Weiterbildungsinstitutionen erfolgen. Maßnahmen zur Höherqualifikation, etwa die Bildungskarenz, sind zwar zu begrüßen, müssen in Hinblick auf ihre Wirkungen am Arbeitsmarkt aber jedenfalls evaluiert werden, da die öffentlichen Mittel knapp sind.

Im internationalen Vergleich steht Österreich bei der Jugendbeschäftigung noch gut da, es zeigen sich aber vermehrt strukturelle Schwächen. Der moderne Arbeitsmarkt erfordert ein Mindestniveau an Basiskompetenzen (Lesen, Rechnen, Grundkenntnisse am Computer). Die schlechten PISA-Resultate deuten auf verstärkte Probleme in der Zukunft hin. Die Bildungspolitik ist in diesem Zusammenhang stark gefordert. Etwa sollte die Früh-Kind-Förderung, verstärkt bei bildungsfernen Schichten, deutlich ausgebaut werden.

Die Alterung der Gesellschaft bedeutet für den Arbeitsmarkt eine beträchtliche Herausforderung. Österreich wird davon zwar erst mit gewisser Verzögerung betroffen, dies bietet aber die Chance, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen. Beträchtliches Aktivierungspotenzial besteht bei Zuwanderern und Personen aus bildungsfernen Schichten. Allerdings sind bei diesen Gruppen gravierende Defizite in Hinblick auf sprachliche Fähigkeiten bzw. berufliche Qualifikation festzumachen. Reformen in der österreichischen Integrationspolitik sowie die stärkere Orientierung der Migrationspolitik an qualifikatorischen Kriterien (Rot-Weiß-Rot-Card) sind daher zu begrüßen. Die Umsetzung weiterer Maßnahmen (etwa verpflichtendes zweites Kindergartenjahr) ist jedenfalls angeraten.

Zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren sind neben Reformen der Invaliditätspension verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit (Age Management) notwendig. Durch die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verringe-

Die Reduzierung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede würde die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert. Potenziale bestehen auch im Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung. Hierbei sollten Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass davon sowohl Arbeitgeber (geringere Lohnstückkosten) als auch Arbeitnehmer (Beschäftigungssicherheit, Autonomie) profitieren.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen nach wie vor in vielen Regionen auf historisch niedrigen Niveaus. Die EZB hat allerdings bereits ihren Zinserhöhungszyklus gestartet. Im April und Juli wurde der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um jeweils 25 Basispunkte auf nun 1.5 % erhöht. Zuvor hatte die EZB diesen Zinssatz von Oktober 2008 bis Mai 2009 um 3.25 Prozentpunkte auf 1 % zurückgenommen. In den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in Japan lagen die Leitzinsen Mitte Juli unter 1 %. Die US-Notenbank *Fed* verfolgt faktisch seit Ende 2008 eine Nullzinspolitik.

Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Jahresende 2006	3.5	5.25	5	2	0.25
Jahresende 2007	4	4.25	5.5	2.75	0.5
Jahresende 2008	2.5	0.25	2	0.5	0.1
Jahresende 2009	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Jahresende 2010	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Durchschnitt 2006-2010	2.55	2.52	3.19	1.37	0.26
13.7.2011	1.5	0.25	0.5	0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

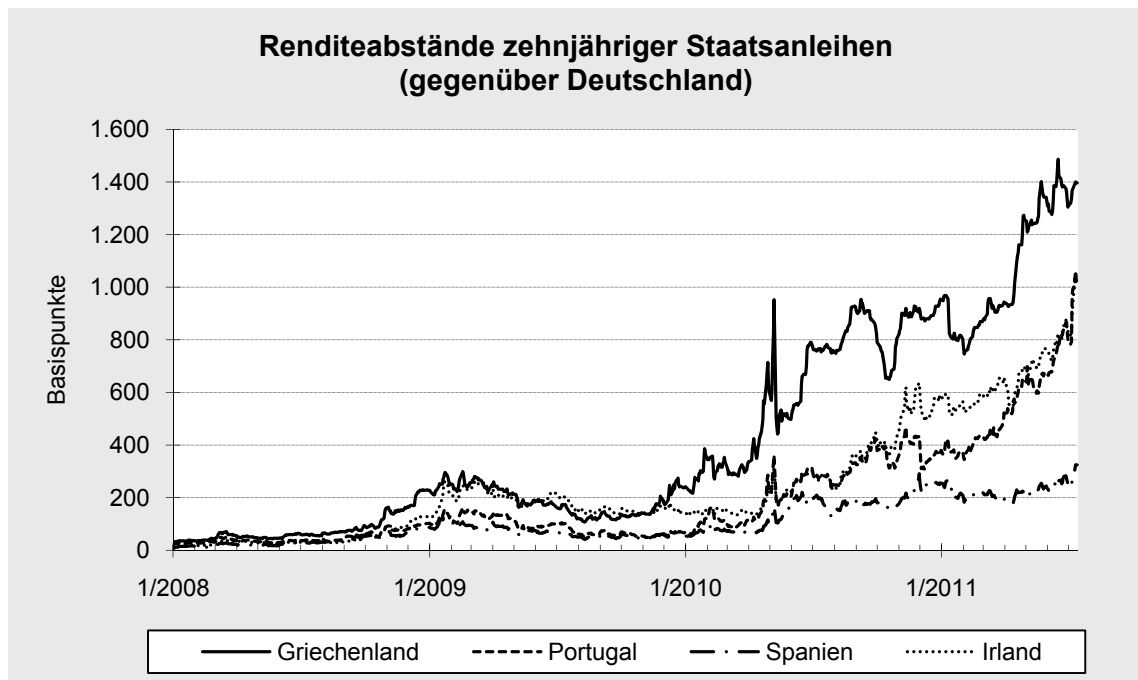
In Folge der Anhebung der Leitzinsen im Euroraum sind auch die Geldmarktsätze in den vergangenen Monaten gestiegen. Zudem liegt der 3-Monats-Euribor auf Grund der ausgelaufenen Sondermaßnahmen der EZB zur Stützung der Bankenliquidität seit Herbst 2010 wieder oberhalb des EZB-Leitzinssatzes, wie dies auch vor der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise der Fall war. In der ersten Jahreshälfte 2011 wurde er zu 1.26 % quotiert, nach 0.81 % im vergangenen Jahr und 2.81 % im Durchschnitt 2006 bis 2010.

Vor dem Hintergrund der zumindest in einigen Mitgliedsländern guten Konjunktur und einer anziehenden Inflations- und Geldmengenentwicklung erwartet das Institut weitere geringe Zinserhöhungen der EZB. Das primäre Ziel der geldpolitischen Strategie der EZB ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Erschwerend für die Politik der EZB ist momentan die relativ heterogene Konjunktorentwicklung im Euroraum. Im Zeitraum 2006 bis 2010 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 1.9 % ziemlich genau bei dem EZB-Referenzwert. Seit Dezember des vergangenen Jahres werden allerdings wieder Inflationsraten von deutlich über 2 % verzeichnet. Im Zeitraum Jänner bis Juni des laufenden Jahres betrug die Inflation im Euroraum durchschnittlich 2.6 %. Auch das Geldmengenwachstum ist zuletzt gestiegen, liegt jedoch noch deutlich unter dem Durchschnittswert der vergangenen Jahre. Das Wachstum der Geldmenge M3 betrug im Durchschnitt der Jahre

2006 bis 2010 6.5 %, in den Monaten Jänner bis Mai 2011 belief es sich auf 2.1 %. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum nur leicht und voraussichtlich nur zu Beginn des Prognosezeitraums anheben wird. Basierend auf dieser Annahme wird für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 2.1 % erwartet.

Der Aufschlag österreichischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gegenüber deutschen Bundesanleihen der gleichen Laufzeit, welcher zu Jahresbeginn 2009 markant angestiegen und dann wieder zurückgegangen war, ist 2011 erneut leicht gestiegen. Im Zeitraum Jänner bis Juli 2011 betrug dieser Spread durchschnittlich rund 50 Basispunkte, während er in den Jahren 2006 bis 2010 etwa 28 bzw. 2009 rund 70 Basispunkte betragen hatte. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.9 % auf, zuletzt rentierten sie bei 3.5 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen in Österreich. Für den Prognosezeitraum 2011 bis 2015 wird eine durchschnittliche Rendite von 4.3 % prognostiziert.

Die Unsicherheit bezüglich der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in einigen europäischen Ländern bleibt groß – und damit die Renditespreads gegenüber Deutschland (siehe Grafik). In jüngster Zeit wurde klar, dass Griechenland seinen finanziellen Verpflichtungen trotz der Unterstützung durch den IWF und die EU nur schwer nachkommen kann. Zudem bestehen Zweifel hinsichtlich der vollständigen Erfüllung der mit der Finanzhilfe verbundenen Auflagen, sodass die Unsicherheit über künftige Zahlungsströme hoch bleibt. Sollte es auch nur zu teilweisen Zahlungsausfällen bei griechischen Staatsanleihen kommen, könnte dies auch andere Länder der Peripherie des Euroraums, die bereits mit einer angespannten Haushaltssituation kämpfen, in Mitleidenschaft ziehen.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
GDP	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	262,535 2,1%	270,488 3,0%	276,209 2,1%	282,293 2,2%	287,348 1,8%	292,949 1,9%
GDP\$	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,410 3,7%	299,401 5,3%	311,749 4,1%	324,157 4,0%	335,578 3,5%	348,222 3,8%
PGDP	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,332 1,5%	110,689 2,2%	112,867 2,0%	114,830 1,7%	116,784 1,7%	118,868 1,8%
PLC	97,717 3,2%	98,174 0,5%	100,000 1,9%	103,000 3,0%	105,369 2,3%	107,266 1,8%	109,304 1,9%	111,380 1,9%
YWGLEA	42,183 2,8%	43,189 2,4%	43,887 1,6%	44,764 2,0%	46,107 3,0%	47,491 3,0%	48,915 3,0%	50,285 2,8%
LEA	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,8%	3315,433 1,7%	3345,272 0,9%	3368,689 0,7%	3395,639 0,8%	3417,710 0,6%
UR	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,558 -0,387	6,456 -0,102	6,402 -0,054	6,342 -0,060	6,318 -0,024

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Var1	0,233	0,740	0,597	0,472	0,565	0,712	0,656	0,753
Var2	0,016	-0,048	0,004	0,010	0,016	0,019	0,016	0,019
Var3	0,714	0,079	-0,091	0,094	0,110	0,135	0,133	0,132
Var4	0,240	-2,896	0,711	1,192	0,462	0,708	0,624	0,663
Var5	0,706	-1,273	0,131	0,697	0,413	0,474	0,457	0,496
Var6	0,175	-0,650	-0,316	0,000	0,049	0,144	0,167	0,167
Var7	-0,083	0,266	-0,211	-0,008	0,002	0,002	0,002	0,002
Var8	0,565	-9,409	5,393	4,712	3,411	3,742	3,394	3,643
Var9	0,054	-7,916	4,535	4,064	2,864	3,104	2,786	3,022
Var10	0,518	-1,488	0,871	0,634	0,536	0,624	0,597	0,610
Var11	0,493	7,380	-4,276	-3,443	-2,451	-3,116	-3,034	-3,263
Var12	0,285	6,355	-3,891	-3,163	-2,114	-2,730	-2,665	-2,891
Var13	0,207	1,023	-0,420	-0,299	-0,340	-0,392	-0,377	-0,382
GDP	2,179	-3,888	2,128	3,029	2,115	2,203	1,791	1,949

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Var1	22,861 -0,258	20,773 -2,088	21,037 0,264	21,575 0,538	21,581 0,006	21,808 0,228	22,038 0,230	22,267 0,229
UREU	3,8 -0,6	4,8 1,0	4,4 -0,4	4,3 -0,1	4,3 0,0	4,2 -0,1	4,2 0,0	4,2 0,0
Var4	2,388 0,149	3,096 0,708	1,642 -1,454	1,504 -0,138	2,322 0,818	2,761 0,439	2,798 0,037	2,716 -0,082
Var5	39,184 0,3%	40,459 3,3%	40,502 0,1%	40,147 -0,9%	40,462 0,8%	40,959 1,2%	41,442 1,2%	41,808 0,9%
PRLEA	8,147 -0,2%	7,948 -2,4%	8,053 1,3%	8,158 1,3%	8,257 1,2%	8,380 1,5%	8,462 1,0%	8,571 1,3%
Var6	-0,9 -0,1	-4,1 -3,2	-4,6 -0,5	-3,1 1,5	-2,5 0,6	-2,3 0,2	-1,9 0,4	-1,6 0,4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
C\$	144,513 3,0%	145,409 0,6%	149,264 2,7%	154,975 3,8%	160,127 3,3%	165,210 3,2%	170,370 3,1%	176,211 3,4%
CNP\$	3,640 4,5%	3,597 -1,2%	3,734 3,8%	3,839 2,8%	3,973 3,5%	4,103 3,3%	4,229 3,1%	4,374 3,4%
CP\$	52,877 6,8%	54,714 3,5%	55,650 1,7%	56,907 2,3%	58,508 2,8%	60,067 2,7%	61,727 2,8%	63,434 2,8%
IF\$	65,615 4,1%	58,414 -11,0%	62,295 6,6%	67,378 8,2%	70,171 4,1%	73,780 5,1%	77,152 4,6%	80,776 4,7%
IFE\$	30,451 8,0%	26,996 -11,3%	28,057 3,9%	30,622 9,1%	32,324 5,6%	34,201 5,8%	36,082 5,5%	38,159 5,8%
IFC\$	31,983 6,4%	30,982 -3,1%	31,032 0,2%	31,931 2,9%	32,925 3,1%	34,255 4,0%	35,638 4,0%	37,078 4,0%
DIF\$	0,027 0,024	-0,265 -0,292	0,059 0,325	0,047 -0,012	0,050 0,003	0,054 0,004	0,059 0,004	0,063 0,004
VD\$	266,671 4,0%	261,869 -1,8%	271,002 3,5%	283,147 4,5%	292,829 3,4%	303,214 3,5%	313,537 3,4%	324,859 3,6%
X\$	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	156,737 13,1%	175,448 11,9%	188,186 7,3%	202,748 7,7%	216,587 6,8%	232,441 7,3%
M\$	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	143,330 13,6%	159,193 11,1%	169,265 6,3%	181,806 7,4%	194,547 7,0%	209,077 7,5%
GDP\$	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,410 3,7%	299,401 5,3%	311,749 4,1%	324,157 4,0%	335,578 3,5%	348,222 3,8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2008)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
C	134,238 0,5%	136,216 1,5%	137,751 1,1%	138,991 0,9%	140,520 1,1%	142,487 1,4%	144,340 1,3%	146,505 1,5%
CNP	3,525 1,2%	3,396 -3,7%	3,406 0,3%	3,433 0,8%	3,476 1,3%	3,528 1,5%	3,572 1,3%	3,626 1,5%
CP	49,200 4,0%	49,413 0,4%	49,179 -0,5%	49,425 0,5%	49,722 0,6%	50,095 0,8%	50,471 0,8%	50,849 0,8%
IF	61,145 1,0%	53,400 -12,7%	55,228 3,4%	58,357 5,7%	59,607 2,1%	61,564 3,3%	63,326 2,9%	65,231 3,0%
IFE	29,192 6,8%	25,787 -11,7%	26,125 1,3%	27,953 7,0%	29,072 4,0%	30,380 4,5%	31,671 4,3%	33,096 4,5%
IFC	28,964 1,6%	27,225 -6,0%	26,411 -3,0%	26,411 0,0%	26,543 0,5%	26,941 1,5%	27,413 1,8%	27,893 1,8%
DIF	-0,071 -0,217	0,641 0,712	0,098 -0,543	0,078 -0,020	0,083 0,005	0,088 0,005	0,093 0,005	0,098 0,005
VD	247,997 1,2%	242,584 -2,2%	245,380 1,2%	250,025 1,9%	253,158 1,3%	257,512 1,7%	261,552 1,6%	266,059 1,7%
X	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	144,720 10,6%	157,090 8,5%	166,316 5,9%	176,652 6,2%	186,233 5,4%	196,702 5,6%
M	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	127,848 9,4%	136,887 7,1%	143,516 4,8%	152,121 6,0%	160,687 5,6%	170,062 5,8%
GDP	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	262,535 2,1%	270,488 3,0%	276,209 2,1%	282,293 2,2%	287,348 1,8%	292,949 1,9%

TAB. 4: PREISINDIZES (2008 = 100)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PC	107,654 2,5%	106,748 -0,8%	108,358 1,5%	111,500 2,9%	113,953 2,2%	115,947 1,8%	118,034 1,8%	120,277 1,9%
PCP	107,472 2,8%	110,729 3,0%	113,157 2,2%	115,137 1,8%	117,670 2,2%	119,906 1,9%	122,304 2,0%	124,750 2,0%
PIF	107,310 3,1%	109,391 1,9%	112,795 3,1%	115,458 2,4%	117,722 2,0%	119,844 1,8%	121,832 1,7%	123,830 1,6%
PIFE	104,312 1,1%	104,690 0,4%	107,397 2,6%	109,545 2,0%	111,188 1,5%	112,578 1,3%	113,929 1,2%	115,296 1,2%
PIFC	110,422 4,7%	113,800 3,1%	117,494 3,2%	120,901 2,9%	124,044 2,6%	127,146 2,5%	130,006 2,3%	132,931 2,3%
PVD	107,530 2,8%	107,950 0,4%	110,442 2,3%	113,247 2,5%	115,670 2,1%	117,748 1,8%	119,876 1,8%	122,100 1,9%
PX	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	108,304 2,2%	111,686 3,1%	113,150 1,3%	114,773 1,4%	116,299 1,3%	118,169 1,6%
PM	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	112,109 3,8%	116,296 3,7%	117,942 1,4%	119,514 1,3%	121,072 1,3%	122,942 1,5%
PGDP	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,332 1,5%	110,689 2,2%	112,867 2,0%	114,830 1,7%	116,784 1,7%	118,868 1,8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
XG\$	121,511 2,3%	96,986 -20,2%	112,815 16,3%	128,421 13,8%	139,146 8,4%	150,747 8,3%	161,789 7,3%	174,480 7,8%
XSO\$	33,135 7,8%	29,268 -11,7%	31,205 6,6%	33,828 8,4%	35,442 4,8%	37,868 6,8%	40,166 6,1%	42,813 6,6%
XST\$	12,952 8,5%	12,364 -4,5%	12,717 2,9%	13,199 3,8%	13,598 3,0%	14,133 3,9%	14,632 3,5%	15,149 3,5%
X\$	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	156,737 13,1%	175,448 11,9%	188,186 7,3%	202,748 7,7%	216,587 6,8%	232,441 7,3%
MG\$	122,067 3,8%	99,313 -18,6%	115,047 15,8%	129,220 12,3%	137,848 6,7%	148,503 7,7%	159,381 7,3%	171,883 7,8%
M\$O\$	23,729 5,4%	21,160 -10,8%	22,533 6,5%	24,079 6,9%	25,414 5,5%	27,087 6,6%	28,731 6,1%	30,549 6,3%
M\$T\$	5,388 -2,4%	5,694 5,7%	5,750 1,0%	5,894 2,5%	6,004 1,9%	6,215 3,5%	6,435 3,5%	6,646 3,3%
M\$	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	143,330 13,6%	159,193 11,1%	169,265 6,3%	181,806 7,4%	194,547 7,0%	209,077 7,5%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2008)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
XG	113,596 0,1%	92,425 -18,6%	104,081 12,6%	114,750 10,3%	122,495 6,8%	131,070 7,0%	138,934 6,0%	147,618 6,3%
XSO	29,847 1,8%	26,277 -12,0%	28,104 7,0%	29,580 5,3%	30,837 4,3%	32,302 4,8%	33,755 4,5%	35,274 4,5%
XST	12,571 6,9%	12,161 -3,3%	12,573 3,4%	12,761 1,5%	12,953 1,5%	13,212 2,0%	13,443 1,8%	13,678 1,8%
X	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	144,720 10,6%	157,090 8,5%	166,316 5,9%	176,652 6,2%	186,233 5,4%	196,702 5,6%
MG	110,809 -0,7%	93,813 -15,3%	103,816 10,7%	112,121 8,0%	117,839 5,1%	125,381 6,4%	132,904 6,0%	141,210 6,3%
MSO	20,844 -1,3%	17,898 -14,1%	18,995 6,1%	19,754 4,0%	20,643 4,5%	21,624 4,8%	22,597 4,5%	23,614 4,5%
MST	4,917 -5,1%	5,127 4,3%	5,111 -0,3%	5,136 0,5%	5,167 0,6%	5,270 2,0%	5,363 1,8%	5,443 1,5%
M	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	127,848 9,4%	136,887 7,1%	143,516 4,8%	152,121 6,0%	160,687 5,6%	170,062 5,8%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2008 = 100)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PXG	106,968 2,2%	104,936 -1,9%	108,391 3,3%	111,914 3,3%	113,593 1,5%	115,013 1,3%	116,450 1,3%	118,197 1,5%
PXSO	111,015 5,9%	111,385 0,3%	111,032 -0,3%	114,363 3,0%	114,935 0,5%	117,234 2,0%	118,992 1,5%	121,372 2,0%
PXST	103,031 1,4%	101,665 -1,3%	101,152 -0,5%	103,428 2,3%	104,979 1,5%	106,974 1,9%	108,846 1,8%	110,751 1,8%
PX	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	108,304 2,2%	111,686 3,1%	113,150 1,3%	114,773 1,4%	116,299 1,3%	118,169 1,6%
PMG	110,160 4,5%	105,864 -3,9%	110,818 4,7%	115,251 4,0%	116,980 1,5%	118,442 1,3%	119,922 1,3%	121,721 1,5%
PMSO	113,840 6,8%	118,225 3,9%	118,629 0,3%	121,892 2,8%	123,111 1,0%	125,265 1,8%	127,144 1,5%	129,369 1,8%
PMST	109,583 2,8%	111,042 1,3%	112,503 1,3%	114,753 2,0%	116,188 1,3%	117,930 1,5%	119,994 1,8%	122,094 1,8%
PM	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	112,109 3,8%	116,296 3,7%	117,942 1,4%	119,514 1,3%	121,072 1,3%	122,942 1,5%
Var1	97,054 -1,8%	98,114 1,1%	96,606 -1,5%	96,037 -0,6%	95,936 -0,1%	96,033 0,1%	96,058 0,0%	96,118 0,1%
Var2	97,103 -2,1%	99,123 2,1%	97,810 -1,3%	97,105 -0,7%	97,105 0,0%	97,105 0,0%	97,105 0,0%	97,105 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Var1	53,406 -0,158	45,993 -7,413	50,395 4,403	53,171 2,775	54,295 1,125	56,086 1,790	57,974 1,888	60,041 2,068
Var2	43,120 -0,133	36,203 -6,917	40,451 4,248	43,160 2,709	44,218 1,058	45,812 1,595	47,495 1,682	49,360 1,865
Var3	59,204 -0,131	50,532 -8,673	55,110 4,578	58,600 3,490	60,364 1,765	62,546 2,182	64,542 1,995	66,751 2,209
Var4	42,924 -0,723	35,355 -7,569	39,666 4,311	42,893 3,226	44,634 1,741	46,504 1,870	48,212 1,708	50,106 1,894

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
POPWAT	5399,674 0,4%	5414,200 0,3%	5429,692 0,3%	5452,232 0,4%	5468,788 0,3%	5479,938 0,2%	5489,203 0,2%	5497,320 0,1%
TLFPR	74,393 1,5%	74,248 -0,2%	74,358 0,1%	74,968 0,8%	75,350 0,5%	75,735 0,5%	76,189 0,6%	76,570 0,5%
TLF	4016,970 1,9%	4019,960 0,1%	4037,420 0,4%	4087,425 1,2%	4120,745 0,8%	4150,206 0,7%	4182,166 0,8%	4209,292 0,6%
Var1	3541,658 1,6%	3539,515 -0,1%	3537,977 0,0%	3556,766 0,5%	3570,188 0,4%	3585,884 0,4%	3606,557 0,6%	3622,171 0,4%
DLFFOR	475,312 4,9%	480,445 1,1%	499,443 4,0%	530,658 6,3%	550,558 3,8%	564,322 2,5%	575,608 2,0%	587,121 2,0%
SEG	416,100 2,6%	420,600 1,1%	426,400 1,4%	432,796 1,5%	438,206 1,3%	444,779 1,5%	450,339 1,3%	454,842 1,0%
DLF	3600,870 1,9%	3599,360 0,0%	3611,020 0,3%	3654,629 1,2%	3682,540 0,8%	3705,427 0,6%	3731,827 0,7%	3754,450 0,6%
LEA	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,8%	3315,433 1,7%	3345,272 0,9%	3368,689 0,7%	3395,639 0,8%	3417,710 0,7%
LENACT	105,614 -0,2%	104,563 -1,0%	100,225 -4,1%	99,523 -0,7%	99,523 0,0%	99,523 0,0%	99,523 0,0%	99,523 0,0%
UN	212,253 -4,5%	260,309 22,6%	250,782 -3,7%	239,672 -4,4%	237,744 -0,8%	237,214 -0,2%	236,665 -0,2%	237,216 0,2%
UR	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,558 -0,387	6,456 -0,102	6,402 -0,054	6,342 -0,060	6,318 -0,024

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
GDP\$	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,410 3,7%	299,401 5,3%	311,749 4,1%	324,157 4,0%	335,578 3,5%	348,222 3,8%
YWGG\$	138,486 5,3%	139,695 0,9%	143,071 2,4%	148,413 3,7%	154,242 3,9%	159,981 3,7%	166,099 3,8%	171,859 3,5%
BUSE	114,919 3,0%	105,043 -8,6%	111,511 6,2%	119,445 7,1%	124,781 4,5%	130,337 4,5%	134,456 3,2%	140,009 4,1%
PASUB	29,680 2,5%	29,583 -0,3%	29,828 0,8%	31,543 5,8%	32,726 3,8%	33,839 3,4%	35,023 3,5%	36,354 3,8%
YF\$	-3,919 18,8%	-2,861 -27,0%	-1,444 -49,5%	-1,732 20,0%	-1,732 0,0%	-1,819 5,0%	-1,910 5,0%	-2,006 5,0%
DEP\$	43,313 5,3%	44,768 3,4%	46,732 4,4%	48,718 4,3%	50,667 4,0%	52,693 4,0%	54,801 4,0%	56,993 4,0%
Y\$	235,853 3,6%	226,691 -3,9%	236,235 4,2%	248,951 5,4%	259,350 4,2%	269,644 4,0%	278,866 3,4%	289,224 3,7%
YT\$	-2,064 36,6%	-2,399 16,2%	-2,628 9,6%	-2,628 0,0%	-2,681 2,0%	-2,735 2,0%	-2,789 2,0%	-2,845 2,0%
NE\$	233,788 3,4%	224,292 -4,1%	233,606 4,2%	246,322 5,4%	256,669 4,2%	266,910 4,0%	276,077 3,4%	286,379 3,7%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Hofer, Robert M. Kunst,
Ulrich Schuh, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2015

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 68

Redaktion: Isabella Andrej

© 2011 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
